

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2021



Erhöhung der Regelsätze 2021

Deutsche Häftlingsärzte

DDR-Altübersiedler

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Aktuell

- 3 Schwierige soziale Lage
AG Gedenkstätten stellt sich neu auf
Kommentar

Recht

- 4 Erhöhung der Regelsätze 2021
Verbandsmitteilung
Angehörigenentlastungsgesetz
5 Hilfen für Opfer von Leid und Unrecht

International

- 6 Intershops auf Kuba
Mitglieder des Politbüros voll verantwortlich

Geschichte

- 7 Deutsche Häftlingsärzte in den Speziallagern der SBZ

Aufarbeitung

- 10 DDR-Altübersiedler und die Rentenüberleitung –
ein Dauerärgernis

Suche

- 12 Stellenausschreibung
Corona-Langeweile?

Verbände

- 13 DDR-Frauenzuchthaus Hoheneck
Sächsischer Landtag wählt neue Landesbeauftragte
14 Keine Besserstellung von DDR-Staatsdienern
60 Jahre nach dem Mauerbau
Leserbrief
15 Neue Zeitschrift „GULag und Gedächtnis“
Abschied

Service/Bücher

- 16 Eine Freundschaft, die es nicht gab
Eine polnische Dokumentation über Tost
17 Wandel durch Anbiederung
Buchtip
18 Am Ende die Wende
Wir und das heutige Rußland
19 Diktator aus der Nähe

Umschlagbild

Kurhaus Warnemünde, im Hintergrund das Hotel Neptun. Im Kurhaus Warnemünde hatte die Stasi einen speziellen Abhör- und Observierungsraum für das gegenüberliegende Hotel Neptun eingerichtet, den „Sichtstützpunkt Alpha“. Hotelgäste wurden von dort observiert und fotografiert sowie Bilder von Videokameras des Hotels und vermutlich auch der Telefonverkehr des Hotels überwacht.

Foto: Jörg Plath

Editorial

Projekt Entschädigung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR

Liebe Interessierte, liebe Freunde,

seit wir im September vergangenen Jahres in Cottbus ein internationales Tribunal über die Zwangsarbeit politischer Häftlinge veranstaltet haben, hat sich einiges ereignet. Wir haben alle uns bekannten Unternehmen angeschrieben, die in irgendeiner Weise in die Verwertung von Produkten aus Zwangsarbeit politischer Häftlinge involviert waren. Neben der nach wie vor positiven Reaktion von Ikea haben wir viel Verständnis, aber wenig Problembewußtsein beziehungsweise Hilfsbereitschaft gespürt. Nicht, daß uns das überrascht hätte, aber das elegante Herauswinden, verbunden mit Respekt und Komplimenten ist doch dreist. Vermutlich liegt es auch daran, daß die Geschehnisse Jahrzehnte zurückliegen und die jetzigen Manager und Verantwortlichen überhaupt keinen Zugang mehr zu diesem Thema finden. Aber damit haben wir ja leider gerechnet. Wir haben für Mai/Juni einen Runden Tisch mit den betroffenen Unternehmen und den Bundestagsabgeordneten Vaatz und Heidt geplant. In der Zwischenzeit haben wir den „nichtsahnenden“ Unternehmen auch die von Dr. Christian Sachse und Roland Lange gefertigte Studie von vor sechs Jahren zugestellt.

Im Moment sind wir dabei, über das Internet Produkte zu erwerben, die unter Mitwirkung von politischen Häftlingen in der Zwangsarbeit der DDR hergestellt wurden. Hierbei bitte ich um Ihre Mithilfe! Wenn Ihnen Produktnamen bekannt sind, unter denen Zwangsarbeitsprodukte im Westen verkauft wurden, dann teilen Sie uns dies bitte schnell mit. Wenn Sie möglicherweise noch alte Kataloge von den bekannten Versandhäusern im Westen zu liegen haben, dann überlassen Sie uns diese bitte. Wir haben vor, aus Anlaß des Runden Tisches auch eine „Messe“

mit DDR-Produkten aus Zwangsarbeit zu gestalten.

Was ist das Ziel dieser Strategie? Die Firma Aldi hat uns zum Beispiel mitgeteilt, daß sie keinen Bezug zu Produkten aus Zwangsarbeit hat. Darum haben wir im Internet Strumpfhosen, die in Hoheneck hergestellt wurden und unter der Marke Sayonara u. a. von Aldi vertrieben wurden, erworben, und ich werde, sobald die Strumpfhosen bei uns eingetroffen sind, diese an die Geschäftsführung der Firma Aldi schicken, um das Problembewußtsein zu schärfen.

Die Firma Ikea, die sich in jeder Phase vorbildlich verhalten hat, ist an uns herangetreten mit der Absicht, selbst aktiv zu werden und andere Unternehmen aufzufordern, sich an einer angemessenen Wiedergutmachung zu beteiligen. Ich finde, es ist fair, auch das Lob nicht zu vergessen. Bitte überlegen Sie, unter welchen Handelsnamen die Produkte, an denen Sie unfreiwillig in Haft haben mitwirken müssen, im Westen gehandelt wurden, damit wir es leichter haben, diese zu finden, und bitte überlegen Sie auch, ob Sie uns gegebenenfalls mit einer Spende für die Recherche und für den Erwerb derartiger Produkte unterstützen können. Leider ist es so, daß zum Beispiel verschiedene Kataloge aus den siebziger und achtziger Jahren mittlerweile im Internet für 25 bis 100 € angeboten werden. Aber wir brauchen diese und auch Produkte, um hieb- und stichfeste Beweise in der Hand zu haben. Mit dem Land Thüringen sind wir dabei, eine Initiative mit dem Ziel auf den Weg zu bringen, daß sich der Bund mit dem Thema Zwangsarbeit von politischen Häftlingen der DDR auseinandersetzen muß.

Wir sind auf gutem Weg, bitte helfen Sie uns und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Ihr Dieter Dombrowski

Schwierige soziale Lage

(LAKD) Auf einer digitalen Veranstaltung diskutierten am 16. März 2021 die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), Dr. Maria Nooke, und der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski, die „Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen und deren Familien, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und im Land Brandenburg wohnen (Sozialstudie)“.


Der Soziologe Dr. Dominikus Vogl vom Berliner Institut für Sozialforschung erläuterte einleitend die Ergebnisse der Studie. Niedrige Einkommen, gesundheitliche Schäden und häufig lange Anerkennungsverfahren belasten die Betroffenen bis heute. An der digitalen Veranstaltung nahmen Mitglieder von Opferverbänden,

in der DDR politisch Verfolgte, Fachleute und interessierte Bürgerinnen und Bürger teil. Auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution besteht großes Interesse, mehr über die aktuelle Lebenssituation der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu erfahren und über Lösungsmöglichkeiten zu sprechen.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke, forderte bessere materielle Bedingungen und Teilhabemöglichkeiten für diejenigen, die in der DDR den Mut hatten, sich für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen, dafür in der SBZ/DDR verfolgt wurden und Unrecht erfahren mußten: „Die Sozialstudie zeigt genau die bestehenden Gerechtigkeitslücken, die infolge der politischen Verfolgung und des Unrechts für die Betroffenen entstanden

sind. Diese Lücken gilt es zu schließen, um wenigstens einen Teil der Folgeschäden und dadurch entstandenen Nachteile zu mildern.“

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, begrüßte die Studie und betonte die Bedeutung der vorliegenden Ergebnisse. „Die Sozialstudie hat lange auf sich warten lassen, aber nun ist sie da und schafft Klarheit über die Situation der Opfer von SBZ und DDR und deren Hinterbliebene im Land Brandenburg. Es sollte Politik und Gesellschaft betreffen machen, daß SED-Opfer doppelt so häufig von Krankheiten und wirtschaftlicher Not wie die Durchschnittsbevölkerung in Brandenburg betroffen sind und daß diese Bevölkerungsgruppe andererseits aber zufriedener mit der Demokratie in Deutschland ist.“

Die Sozialstudie ist unter <https://aufarbeitung.brandenburg.de/themen/sozialstudie/> abrufbar. 


AG Gedenkstätten stellt sich neu auf

(se) Die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR hat am 15. März 2021 einen neuen Koordinierungsausschuß gewählt. Diesem gehören Dr. Bettina Effner (Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde – Stiftung Berliner Mauer), Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller (Stiftung Ettersberg, Weimar), Dr. Helge Heidemeyer (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) und Silke Klewin (Gedenkstätte Bautzen) an. Zum Sprecher des Koordinierungsausschusses wurde Prof. Dr.

Jörg Ganzenmüller gewählt, Silke Klewin ist Stellvertreterin.

Neben der Wahl wurden auch künftige Themen besprochen. Ein enger Austausch und die Vernetzung der einzelnen Leitenden der Gedenkstätten sind die primären Ziele der AG. Es gibt viele inhaltliche und konzeptionelle Überschneidungen, die die Häuser beschäftigen. So gilt es, tragfähige Konzepte zur nachhaltigen Digitalisierung zu erstellen sowie die Erhaltung der Erin-

nerungsorte und der Zeitzeugenschaft zu diskutieren. Auch der Austausch über die jeweilige Bildungs- und Vermittlungsarbeit soll intensiviert werden. Geplant ist ein kontinuierlicher Dialog der Akteurinnen und Akteure, u.a. in einem jährlichen gemeinsamen Workshop mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Arbeitsgemeinschaft vertritt die gemeinsamen Interessen der Gedenkstätten nach außen und schafft ein Netzwerk, in dem sich die Beteiligten regelmäßig über Standards der Gedenkstättenarbeit austauschen können. 

Kommentar

Gute Geschäfte?

Zu den besonders erschütternden Tatsachen des innerdeutschen Handels gehörte der „Stacheldraht-Deal“. Ein westdeutscher Stahlkonzern aus Salzgitter lieferte dem Unrechtsstaat DDR den Stacheldraht, mit dem Menschen eingesperrt und am Verlassen dieser sozialistischen Diktatur gehindert wurden. Daran sollte man denken, wenn jetzt die Europäische Union mit der „Volksrepublik“ China, die längst ein durchherrschter Einparteiensstaat ist, in dem Freiheit und Menschenwürde nichts gelten, Wirtschaftsabkommen schließt.

Zur gleichen Zeit wurden Demokratie-Aktivisten wie Joshua Wong nach den neuen „(Staats-)Sicherheitsgesetzen“ in Hongkong politisch inhaftiert, obwohl die Ausdehnung der Gesetze der „Volksrepublik“ China auf Hongkong den mit Großbritannien geschlossenen Verträgen über die Souveränität Hongkongs widerspricht.

Scheinbar sind nur wenige Politiker und Politikerinnen lernfähig, weil trotz aller Warnungen auch die Olympischen Spiele in Peking 2008 statt-

gefunden. Damals wurde behauptet, dadurch käme es zu einer Öffnung und Demokratisierung im Land. Im gleichen Jahr wurde Liu Xiaobo aus politischen Gründen inhaftiert, und bis zu seinem qualvollen Tod 2017 mußte er im Zuchthaus bleiben. Diktator Xi Jinping, der schon ab 2012 Generalsekretär der KPCH war, übergab Bundeskanzlerin Merkel in dem Jahr Panda-Bären (als Leasing-Gabe), als der Friedensnobelpreisträger von 2010 in politischer Haft starb. Öffentlich gab es von der Bundeskanzlerin keine Kritik an diesem Verbrechen des Diktators Xi Jinping. Hier schließt sich der Kreis.

Und hier endet auch jedes Verständnis, weil Politik dann unglaubwürdig ist, wenn sie mit zweierlei Maß mißt. Wer zu Recht die Verbrechen des Diktators Lukaschenko anprangert und gleichzeitig zu denen des Diktators in Peking schweigt, der ist unglaubwürdig. Irgendwann werden uns die Chinesen, Tibeter und die Hongkonger fragen: Auf welcher Seite habt ihr gestanden? Was wollen wir dann antworten?

Anton Odenthal

Erhöhung der Regelsätze für 2021

Wie bereits bekannt, werden die Opferrente nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz nur in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation der Antragsteller gewährt. Diese ist abhängig von bestimmten Einkommensgrenzen. Die sogenannte Regelbedarfsstufe 1 ist hierbei maßgeblich für die Bemessung der Einkommensgrenzen. Die Höhe der Regelsätze zu den einzelnen Regelbedarfsstufen wird grundsätzlich jährlich angepaßt. Zu den Veränderungen an dieser Stelle einige Hinweise.

Seit dem 28.11.2019 beläuft sich die Höhe der Opferrente auf monatlich bis zu 330 Euro für ehemalige politische Häftlinge, die insgesamt mindestens eine 90tägige Freiheitsentziehung erlitten haben und in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Die Rente wird ausschließlich auf Antrag gewährt und monatlich im voraus bezahlt, beginnend mit dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat. Der Anspruch darauf ist unpfändbar, nicht übertragbar und nicht vererbbar. Voraussetzung für diese Leistung ist eine strafrechtliche Reha oder eine Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz.

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 446 Euro für das Jahr 2021 ändert sich auch die Höhe des für die Ein-

kommensgrenze maßgeblichen Grundbetrages. Das heißt, Berechtigte im Sinne des Gesetzes gelten in ihrer wirtschaftlichen Lage als besonders beeinträchtigt, wenn das ermittelte Einkommen die Einkommensgrenzen derzeit bei Alleinstehenden 1338 Euro (dreifache Regelbedarfsstufe 1) und bei Verheirateten, Lebenspartnerschaft und ähnlich Lebenden 1784 Euro (vierfache Regelbedarfsstufe 1) nicht übersteigt. Die Bedürftigkeitsprüfung erstreckt sich ausschließlich auf das Einkommen des Berechtigten und nicht auf das seines Partners. Übersteigt das zu berücksichtigende Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze um einen geringeren Betrag als 330 Euro, erhält der Berechtigte die Zuwendung in Höhe des Differenzbetrages.

Berechtigte, die Rentner werden und noch keine Opferrente beantragt haben, weil ihr bisheriges Einkommen zu hoch war, sollten diese so rechtzeitig beantragen, daß mit Renteneintritt auch die Opferrente greift. Diese wird bei rentenrechtlichen Bezügen unabhängig von der Höhe der Rente gewährt. Bei der Feststellung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit werden diese Renten außer Betracht gelassen.

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 ändert sich ebenfalls die Höhe des für die Einkommensgrenzen maßgeblichen

Grundbetrages für die Zahlung von monatlichen Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz. Seit dem 28.11.2019 erhalten Berechtigte im Arbeitsprozeß diese Leistungen in Höhe von bis zu 240 Euro, Rentner bis maximal 180 Euro. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, dem noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft (u.a. Miet- und Heizkosten) hinzuzurechnen sind. Der Grundbetrag für den Berechtigten selbst errechnet sich aus der zweifachen Regelbedarfsstufe 1 in Höhe von 892 Euro, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten aus 80 Prozent, also 719,60 Euro. Der Gesamtbetrag für ein Ehepaar beläuft sich somit auf 1605,60 Euro. Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Grenze um einen Betrag, der geringer ist als die Höhe der Ausgleichsleistungen, werden letztere nur in Höhe des Differenzbetrages gewährt.

Die Opferrente ebenso wie die Ausgleichsleistungen bleiben bei der Gewährung anderer einkommensabhängiger Sozialleistungen unberücksichtigt, d.h. sie zählen nicht zum Einkommen. Bei der Gewährung von Differenzbeträgen sollte auf eine Angleichung der Leistungen bzw. eine entsprechende Nachzahlung geachtet werden.

Nähere Informationen unter
Tel. (030) 55 15 28 58.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Verbandsmitteilung

Den Bund der Stalinistisch Verfolgten Deutschlands e.V. gibt es nicht mehr wie bisher, sondern nur noch in Liquidation. Der ehemalige Bundesvorstand hat den Bund in die Insolvenz geführt. Der BSV-Landesverband Berlin-Brandenburg hatte keine Chance, sich dagegen zu wehren, weil er laut Statut nicht den Status einer juristisch selbständigen Person

hatte. Seither hat der BSV-Förderverein für Beratungen die Belange des BSV-Landesverbandes ehrenamtlich übernommen und im Zusammenhang mit der Entscheidung des Amtsgerichts Leipzig über die Aufhebung des Insolvenzverfahrens bis zum heutigen Zeitpunkt weitergeführt. Er ist auch, wie vertraglich geregelt, bereit, die Mitglieder des

Bundes nach entsprechender Antragstellung aufzunehmen. Ehemalige Mitglieder, die bisher nicht in den BSV-Förderverein übergetreten sind bzw. eintreten wollen, bitten wir, von eventuellen Beitragszahlungen und Spenden für den BSV-Landesverband abzusehen und sie dem BSV-Förderverein für Beratungen zugute kommen zu lassen.

Vorstand des BSV-Fördervereins
für Beratungen

Angehörigenentlastungsgesetz

Nicht wenige der ehemals politisch Verfolgten sind schon sehr alt, krank und brauchen Pflege. Oft reichen ihre schmale Rente und die Pflegeversicherung nicht zur Deckung der Pflegeheimkosten aus. Diese werden häufig vom Sozialamt übernommen. Bisher holte sich das Sozialamt

in vielen Fällen das Geld von den Kindern zurück. Deshalb sollten die Eltern wissen, unter welchen Voraussetzungen die Kinder zur Kasse gebeten werden könnten. Mit Inkrafttreten des Angehörigenentlastungsgesetzes hat sich seit 2020 die Lage der Kinder dahingehend verbessert,

daß sie nur noch ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100 000 Euro für diese Kosten herangezogen werden können und vorhandenes Vermögen nicht mehr eingesetzt werden muß.

Wenn zum Beispiel Kinder bisher freiwillig einen Teil der Heimkosten direkt an das Pflegeheim gezahlt haben, weil das Einkommen und die Leistungen der

Pflegeversicherung nicht ausreichen, um sich den Gang zum Sozialamt und die Offenlegung der finanziellen Verhältnisse zu ersparen, könnten diese Kosten zukünftig durch das Sozialamt getragen werden, sofern ihr jährliches Einkommen nicht mehr als 100 000 Euro beträgt. Da das nicht zu berücksichtigende Einkommen als hoch bezeichnet wird, wird zunächst einmal vermutet, daß das Einkommen der Kinder die 100 000 Euro-Grenze nicht überschreitet.

Das Einkommen der Kinder wird daher in den meisten Fällen nicht geprüft, es sei denn, es liegen im Einzelfall hinreichende

Anhaltspunkte für ein Überschreiten der Jahreseinkommensgrenze vor. Das Einkommen und die Vermögensverhältnisse der Pflegebedürftigen und deren Partner werden aber wie bisher überprüft, um die Bedürftigkeit festzustellen. Reichen die Mittel und Versicherungsleistungen nicht zur Deckung der Pflegeheimkosten aus, kommt ein Sozialhilfeträger für die Differenz auf. Dies aber nur unter der Voraussetzung, daß die Pflegebedürftigen sämtliche Einkünfte aus gesetzlicher und privater Rente und der Pflegeversicherung, aber auch ihr Vermögen zuerst dafür verbrauchen müssen. Das heißt nicht nur die Vermögenserträge, sondern auch

der Vermögensstamm selbst wird zur Deckung der Pflegeheimkosten herangezogen. Lediglich einen Schonbetrag als Vermögensreserve dürfen sie behalten.

Achtung! Leistungen nach den Reha-Gesetzen und dem Bundesversorgungsgesetz zählen nicht als Einkünfte, sofern sie keine Lohnersatzfunktion erfüllen, d.h. sie bleiben in der Regel unberücksichtigt.

Nähere Informationen unter
Tel. (030) 55 15 28 58.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Hilfen für Opfer von Leid und Unrecht in Psychiatrien und Behinderteneinrichtungen

Anmeldungen noch drei Monate möglich – Anmeldefrist bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe endet am 30. Juni 2021

Seit vier Jahren berät die Stiftung Anerkennung und Hilfe Menschen im Land Brandenburg, die vor 1990 als Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Behindertenhilfe untergebracht waren und dort Leid und Unrecht erfahren haben. Mehr als zweitausend Betroffene haben sich bislang an die Anlauf- und Beratungsstelle in Potsdam gewandt. Insgesamt wurden Hilfen in Höhe von 13 341 750 Euro an 1281 Menschen ausgezahlt. (Stand 31. Januar 2021)

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke: „Wir stellen immer wieder fest, daß dieses Angebot noch nicht alle Betroffenen erreicht hat und rufen insbesondere die rechtlichen Betreuer auf, uns bei der Vermittlung der Hilfen zu unterstützen. Unsere Zielgruppe ist darauf in besonderem Maße angewiesen. Aus der Praxis wissen wir, daß es nach wie vor Wohneinrichtungen gibt, die unsere Stiftungsarbeit noch nicht kennen. Die Anträge auf Leistungen können noch bis zum 30. Juni 2021 bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe in Potsdam gestellt werden. Es ist also Eile geboten, um allen Betroffenen die Hilfen zugänglich zu machen.“


Hintergrund

Die Stiftung Anerkennung und Hilfe ist ein vorübergehendes von Bund, Ländern

und Kirchen eingerichtetes deutschlandweites Hilfesystem. Sie richtet sich an Menschen, die in der früheren Bundesrepublik bis zum Jahr 1975 und in der DDR bis 1990 als Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Behindertenhilfe untergebracht waren. Wer damals Leid und Unrecht erfahren mußte und bis heute mit den Folgen kämpft, kann eine Unterstützung in Höhe von 9000 € bekommen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann es auch eine Rentenersatzleistung geben. Qualifizierte Beraterinnen und Berater unterstützen

die Betroffenen persönlich bei der Schilderung und Bearbeitung der Erlebnisse und bei der Anmeldung zur Stiftung.

Kontakt

Anlauf- und Beratungsstelle
der Stiftung Anerkennung und Hilfe
Friedrich-Engels-Str. 92, 14473 Potsdam
Tel. (03 31) 23 72 92 60
Fax (03 31) 23 72 92 66
E-Mail: anerkennung.hilfe@lakd.brandenburg.de
www.aufarbeitung.brandenburg.de 

Härtefallfonds Berlin

Noch heute leiden viele Menschen unter den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen der Verfolgung durch die kommunistische Diktatur.

Um den Betroffenen zu helfen, hat auch das Land Berlin einen Härtefallfonds aufgelegt, der beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) angesiedelt ist.

Aus dem Fonds können Berlinerinnen und Berliner Unterstützung erhalten, die in der sowjetischen Besatzungszone oder in der DDR politisch verfolgt, später rehabilitiert wurden und sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notsituation befinden.

Wie die Leistungen gewährt werden, regelt eine Richtlinie. Interessenten können sich beim BAB anmelden und erhalten eine individuelle Beratung sowie Hilfe bei der Antragstellung. Die Richtlinie zum Download sowie weitere Informationen zum Härtefallfonds erhalten Sie auf der Webseite des BAB.

Intershops auf Kuba

Die Führung der Karibikinsel suchte nach dem Staatsstreich von Castro und Genossen, den die Kommunistische Partei Kubas zuerst als „kleinbürgerlichen Terrorismus“ ablehnte, schon ab 1960 enge Kontakte zur UdSSR und den sozialistischen Ländern. Mit der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba, die mit Atomsprengeköpfen ausgerüstet werden konnten, kam es zur direkten Konfrontation mit den USA 1962, die als „Kuba-Krise“ die Welt an den Rand einer Atomkriegs brachte. In der Folge wurde das Land immer stärker abhängig von den sozialistischen Ländern und führte weitgehend deren Staats- und Wirtschaftssystem ein, trat allerdings nicht dem „Warschauer Pakt“ bei. Besonders eng arbeiteten DDR-Ministerium für Staatsicherheit und Ministerium des Innern Kubas zusammen. MfS-Ausbilder aus Ost-Berlin bauten das Unterdrückungssystem auf Kuba entscheidend mit auf. Castro und Honecker besuchten sich wechselseitig, besonders privilegierte DDR-Reisekader durften auch mal per Schiff oder Flugzeug karibisches Flair genießen. In beiden Ländern gab es die Todesstrafe, politische Häftlinge und wirtschaftliche Probleme. Als nach 1990 die Revolutionen in Europa die dortigen sozialistischen Diktaturen hinwegfegten, traf es die schon vorher desolate Wirtschaft Kubas so massiv, daß es zu Massenfluchten kam, die vom Castro-Regime brutal unterdrückt wurden, bis hin zu Todesstrafen.

1994 führte Kuba ein Doppelwährungssystem ein, den „Normal-Peso“ für alle Bürger sowie den „Peso Cubano convertible“ für die Menschen, die Zugang zu westlichen Währungen, vor allem US-Dollars hatten. Ähnliches gab es in der DDR, wo man 1979 die „Forum-Schecks“ einführt und der Besitz von westlichen Währungen verboten wurde. In der Folge wuchsen soziale Spannungen und der Volksmund im „real existierenden Sozialismus“ höhnte, daß Handwerker bei Auftragsannahme direkt fragten: „Forum geht's denn?“ Auf Kuba entstand eine Schicht von Menschen, die Zugang zu Touristen und damit die Möglichkeit zum Erwerb von Devisen hatte. Gleichzeitig übernahmen Militär und Geheimdienst die Kontrolle über den gesamten Tourismus, damit war die politische Führungsschicht besonderer Nutznießer dieser Einnahmen.

US-Präsident Obama besuchte 2016 Kuba, allerdings erfüllten sich die hochgespannten Erwartungen nicht, es gab

keine wirkliche politische Öffnung der sozialistischen Diktatur, und die Opposition wurde weiter verfolgt, verhaftet und ausgegrenzt. Nach einer kurzen wirtschaftlichen Euphorie kam es wieder zu den vorherigen Wirtschaftsproblemen. Inzwischen hat die Diktatur, die noch immer von Raul Castro dominiert wird, die Reißleine gezogen und die Doppelwährung beendet. Jetzt sollen 24 Normal-Peso einen US-Dollar wert sein. Ob das funktioniert, ist sehr fraglich, weil gleichzeitig ein Schwarzmarkt existiert, auf dem inzwischen mehr als 40 Peso für einen US-Dollar gezahlt werden. Nun wurden neue Devisenläden geschaffen, in denen

mit konvertiblen Währungen hochwertige technische Geräte verkauft werden, um ähnlich wie einst in der DDR die ausländischen Währungen in den Staatshaushalt bzw. Parteishaushalt der Führungsschicht Kubas zu überführen. Am Ende seiner Amtszeit hat US-Präsident Trump Kuba wieder auf die Terror-Liste gesetzt, was letztlich der Wirtschaft Kubas erneut einen schweren Schlag versetzen wird. Wie lange die Menschen diese sozialistische Diktatur noch ertragen, bleibt offen. Mit einem Durchschnittsgehalt von 107,00 Euro im Monat können Staatsangestellte der nichtprivilegierten Führungsschicht kaum große Sprünge machen. Der Riß in der Gesellschaft wird noch tiefer werden.

Richard Schulze



Peso Cubano convertible, 2007.

Mitglieder des Politbüros voll verantwortlich

(penc) In seiner Anfang Dezember vergangenen Jahres veröffentlichten Meilensteinentscheidung erklärte das tschechische Amt für die Dokumentation und Untersuchung kommunistischer Verbrechen der Polizei der Tschechischen Republik, daß elf verstorbene Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den 1980er Jahren voll verantwortlich sind für das Töten, Verwunden, Festnehmen und Kriminalisieren von unbewaffneten Flüchtlingen, die versuchten, aus dem kommunistischen Block in den Westen zu fliehen. Die Plattform für europäisches Gedächtnis und Gewissen begrüßte die bedeutende Entwicklung, die sich aus den in Deutschland und der Tschechischen Republik im Rahmen ihres Projekts „Justiz 2.0“ erreichten Strafanzeigen ergibt, und fragte: Was ist mit den Mitgliedern des Politbüros, die noch am Leben sind?

In der Entscheidung erläuterte die Polizei auf 31 Seiten ausführlich die persönliche Beteiligung und Verantwortung jedes der elf Mitglieder des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslo-

wakei (alias Politbüro) aus den 1980er Jahren in einer Liste von Fällen deutscher und tschechischer Zivilisten, die am Eisernen Vorhang in der Tschechoslowakei getötet, verletzt und festgenommen wurden, als sie versuchten, in den Westen zu gelangen.

Dies ist ein Ergebnis des laufenden Polizeiverfahrens, das im November 2019 in der Tschechischen Republik als Reaktion auf eine detaillierte Beschwerde der Plattform im September 2017 eröffnet wurde. Das einzige Problem besteht darin, daß die elf Männer bis heute alle verstorben sind. Einige Mitglieder des Politbüros sind jedoch noch am Leben.

Bis heute wurde kein Mitglied des Politbüros für ein Verbrechen verurteilt, das während der Diktatur begangen wurde (sic!). „Die polizeilichen Schlußfolgerungen zur eindeutigen strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Mitglieder des Politbüros stellen eine große Verschiebung bei der Bewertung dieser Verbrechen dar“, sagte Dr. Neela Winkelmann, verantwortlich für das Projekt „Justice 2.0“.



Deutsche Häftlingsärzte in den Speziallagern der Sowjetischen Besatzungszone

Einbindung inhaftierter Ärzte in die medizinische Versorgung am Beispiel der Speziallager Mühlberg und Bautzen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand unter den alliierten Besatzungsmächten Konsens darin, ehemalige Führer der NSDAP, Leiter nazistischer Ämter und Organisationen sowie alle Personen, die für die Besetzung und die politischen Ziele der Alliierten als gefährlich angesehen wurden, aus Sicherheitsaspekten zu verhaften und für eine vorerst unbestimmte Zeit aus der Gesellschaft zu entfernen, das heißt zu internieren.

Zu diesem Zweck wurden in den vier alliierten Zonen Lager installiert. Die dem Innenministerium der UdSSR unterstehenden Speziallager in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unterschieden sich jedoch aufgrund der Verhaftungspraxis, der dort herrschenden Unterbringungsbedingungen sowie der Dauer der Inhaftierung deutlich von den Haftstätten in den westalliierten Zonen. Kennzeichnend für die ab April 1945 eingerichteten und teilweise erst im Februar 1950 endgültig aufgelösten Speziallager war die außerordentlich hohe Todesrate. Von den insgesamt 122 671 Speziallagerhäftlingen verstarben nach offiziellen sowjetischen Angaben 42 889, das heißt mehr als jeder Dritte[1].

In der sowjetischen Besatzungszone nahmen der Armeegeheimdienst Smersch und die operativen Gruppen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten NKVD auf Grundlage der Befehle Nr. 0016 und 00315 zur „Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee von feindlichen Elementen“ entsprechende Verhaftungen vor. Der bloße Verdacht genügte, um zunächst in ein operatives Gefängnis und danach in eines der insgesamt zehn unter Verwaltung des NKVD stehenden Speziallager eingewiesen zu werden. Die operativen Gruppen entschieden zuvor über eine Internierung, das heißt die Überstellung in ein Speziallager ohne vorherige Anklageerhebung, oder die zu erfolgende Verurteilung durch ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT). Ab Januar 1947 wurden nur noch SMT-Verurteilte in den Lagern aufgenommen.

Eine intensive und systematische wissenschaftliche Erforschung der Speziallager-

geschichte war erst nach der deutschen Wiedervereinigung möglich. Bis zum Jahr 1992 wurden die sowjetischen Dokumente über die Abteilung Speziallager, der Bestand 9409, im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation (GARF) in Moskau unter Verschluss gehalten.

Im Rahmen der Promotion der Autorin am Institut für Geschichte der Medizin der Technischen Universität Dresden erfolgte erstmals die Untersuchung einer speziellen Berufsgruppe unter den Häftlingen der Speziallager – die der Ärzte.

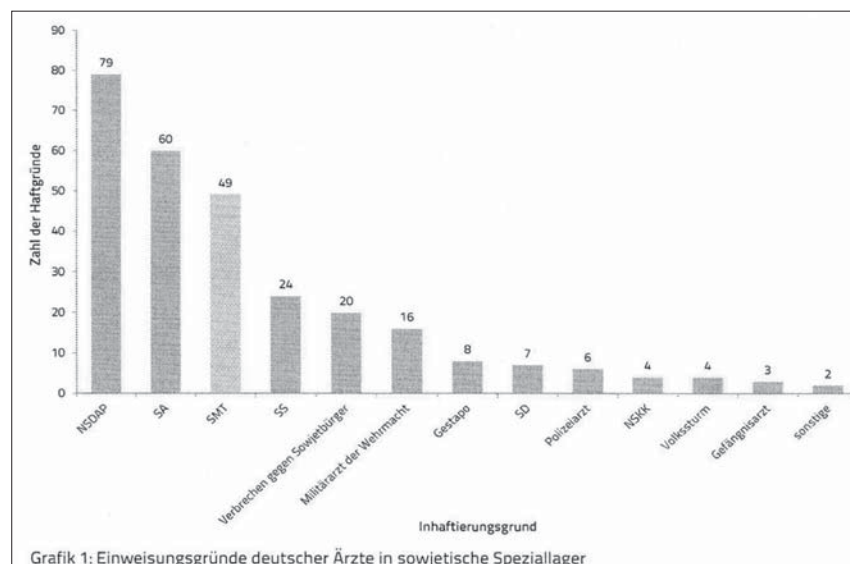
Zudem wurden zum ersten Mal vergleichende Betrachtungen zwischen zwei Haftstätten angestellt. Die für diese Forschungen ausgewählten Speziallager Mühlberg und Bautzen unterscheiden sich sowohl in der vorhandenen Infrastruktur als auch in ihrer zeitlichen Existenz und der Klassifizierung der Häftlinge. Das Lager Mühlberg bestand von September 1945 bis August 1948 und nahm ausschließlich Internierte auf. Im Speziallager Bautzen, das von 1945 bis 1950 existierte und zu den zuletzt geschlossenen drei Lagern gehörte, befanden sich anfänglich ebenfalls überwiegend Internierte, später vorrangig SMT-Verurteilte. Diese Haftstätte wurde als Strafvollzugsanstalt unter Verwaltung der deutschen Volkspolizei bis 1956 weitergenutzt (Abb. 1).

Zuweisungspraxis und Einweisungsgründe

Im Ergebnis der Forschungen konnten 331 Mediziner ermittelt werden, die zwischen 1945 und 1950 in Speziallagern der SBZ inhaftiert waren. Unter der Gesamtzahl der Lagerinsassen machten sie nur einen Anteil von 0,3 Prozent aus. Bei 282, davon 233 (83 Prozent) Internierte und 49 (17 Prozent) SMT-Verurteilte, konnte der Verhaftungsgrund ermittelt werden (s. Grafik).

Bei einem Großteil von ihnen war die Inhaftnahme aufgrund ihrer Rolle in der NSDAP erfolgt. So wurden im Rahmen der Recherchen 32 ehemalige Funktionsträger in Staatlichen Gesundheitsämtern oder Rassenpolitischen Ämtern der NSDAP sowie sieben Mitarbeiter des Staatsapparates in Leitungspositionen ermittelt. Bei einem Fünftel der Mediziner waren verschiedene Dienstgrade und Funktionen in der SA als Haftgrund angegeben, bei fast jedem Zehnten die Zugehörigkeit zur SS. Die von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilten Ärzte erhielten zumeist Strafen zu 25 Jahren Haft wegen Spionageverdachts bei Anwendung des Strafgesetzbuches der RSFSR nach Artikel 58-6 beziehungsweise zu zehn Jahren wegen des Vorwurfs „Waffenbesitz und konterrevolutionäre Agitation“ nach Artikel 58-2.

Die Einweisung in ein Speziallager fand unabhängig von den in der SBZ durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen statt, denn die Haftstätten unterstanden nicht der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). Insofern handelte es sich hier um einen Dualismus in der Strafverfolgung politisch belasteter Mediziner in der SBZ.



Organisation und Kontrolle der medizinischen Versorgung

Für die Anleitung und Kontrolle der Haftstätten wurde die Abteilung Speziallager mit Sitz in Berlin geschaffen, deren Unterabteilung, die Sanitätsabteilung, für die Organisation der medizinischen Versorgung der Gefangenen zuständig war. Diese setzte in jedem Lager eine Sanitätsgruppe ein, die jedoch personell gering ausgestattet und aufgrund der massenhaften Aufnahme von Häftlingen in schlechtem gesundheitlichen Zustand nicht in der Lage war, diese medizinisch zu versorgen. Die Berichte der Sanitätsgruppenleiter, die zunächst in einem Turnus von zehn Tagen, von August 1945 bis Juni 1948 zweiwöchentlich und danach einmal monatlich angefertigt werden mußten, waren bis Ende 1948 nur für den

für eine ganze Berufsgruppe geltenden Beschäftigungsprivileg nahmen sie einen Sonderstatus im Vergleich zu den anderen Gefangenen ein. In den Zeitzeugenaussagen wurde immer wieder der selbstlose Einsatz der Häftlingsärzte für die Kranken hervorgehoben, die alles versucht hätten, um das Leben der Gefangenen zu retten. Negative Berichte über Lagerärzte stellen die Ausnahme dar.

Die Zahl der in den beiden untersuchten Speziallagern zur Verfügung stehenden Ärzte schwankte im Verlauf der Lagerexistenz. Die Meldung der jeweils vorhandenen Mediziner wurde in den Sanitätsberichten erst ab Februar 1948 verbindlich. Die russischen Archivunterlagen enthalten diesbezüglich bis dahin nur vereinzelte Hinweise. Unter den 11 386 im April 1948 im Speziallager Mühlberg registrierten Häftlingen befanden sich laut sowjetischer Dokumente 35 Mediziner [2]. Die meisten von ihnen waren praktische Ärzte mit allgemeinmedizinischer Ausbildung und Fachärzte für Innere Medizin. Außerdem verfügte das Lager zu dieser Zeit über fünf Chirurgen. Im selben Monat meldete der Lei-

hältnisse führten zu einer Ungezieferplage und begünstigten so die Entstehung bakterieller und parasitärer Hauterkrankungen. Der fehlende Kontakt zu den Angehörigen über Jahre hinweg, das ungewisse Schicksal, die Angst vor einer Deportation und nicht zuletzt das Miterleben von Krankheit und Tod unter den Mithäftlingen schwächten ihren Lebenswillen.

Folgenswer wirkte sich die anhaltende Mangel- und Fehlernährung auf den physischen Zustand der Häftlinge aus. Sowohl die Nichteinhaltung der festgelegten Ernährungsnormen als auch die protein-, fett- und vitaminarme Nahrung führten zum Krankheitsbild der alimentären Dystrophie. Bedingt durch die Herabsetzung der Widerstandskräfte der Dystrophiker kam es zum Ausbruch zahlreicher Sekundärkrankheiten wie infektiöser Gastroenteritiden, eitriger Hauterkrankungen und insbesondere von Tuberkulose, die sich seuchenhaft verbreitete (Abb. 2).

Eine deutliche Absenkung der Verpflegungsnormen im November 1946 hatte eine hohe Sterblichkeit zur Folge, die zu Beginn des darauffolgenden Jahres ihren Höhepunkt erreichte.

Erst im Zusammenhang mit bevorstehenden Entlassungen und der geplanten Übertragung der Zuständigkeit für die Abteilung Speziallager an die Hauptverwaltung Lager (GULAG) des MVD der UdSSR im Herbst 1948 wurde die Verbesserung der Ernährung als Schlüsselfaktor für die Senkung von Morbidität und Mortalität erkannt und ab April 1948 die Verpflegung der Kranken nach Tuberkulose- bzw. Lazarettnorm eingeführt. Aufgrund der inzwischen bei vielen Häftlingen infolge chronischer Unterernährung eingetretenen irreversiblen Schäden blieb die Sterblichkeit dennoch hoch.

Diagnostik und Therapie von Krankheiten

Den Ärzten fehlten die materiell-technischen Voraussetzungen für eine zuverlässige und schnelle Diagnostizierung der Krankheiten. Die Ausstattung der Laboratorien zur Durchführung klinisch-chemischer Untersuchungen, insbesondere von Blut und Urin der Kranken, war unzureichend. Lediglich im Speziallager Bautzen erfolgte die Registrierung der Anzahl durchgeführter Laboranalysen. Die häufigste Blutuntersuchung war demnach die Bestimmung der Erythrozytensenkungsgeschwindigkeit, welche



Abb. 1: Speißenlauf, Otto Hartmann oder Heinz Unruh, 1950. Aufstand in Bautzen.

abteilungsinternen Gebrauch bestimmt und mußten nicht an die vorgesetzte Stelle in Moskau weitergeleitet werden. Bis zum Frühjahr 1949 blieb die Sanitätsabteilung in Berlin zudem hinsichtlich durchzuführender prophylaktischer, diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen ohne Anweisungen seitens des Moskauer Innenministeriums. Die Anleitung der Sanitätsgruppen erfolgte bis dahin lediglich über provisorische Instruktionen, die zu meist auf die Beseitigung akuter Mängel gerichtet waren, sowie durch Lagerinspektionen und Beratungen vor Ort.

Einbindung der Häftlingsärzte in die medizinische Versorgung

Die sich unter den Häftlingen in beiden Speziallagern befindenden Ärzte wurden von Beginn der Existenz der Haftstätten an zur medizinischen Versorgung der Mitinsassen herangezogen. Mit diesem

ter des Speziallagers Bautzen unter den 6975 Gefangenen 36 Ärzte, davon 25 Internierte und elf Verurteilte [3]. Die im Speziallager Bautzen tätigen Mediziner waren ebenfalls überwiegend Internisten und praktische Ärzte. Zudem gab es bis 1948 fünf, danach bis zur Schließung des Lagers drei Chirurgen. In beiden Speziallagern wurden die Häftlingsärzte ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt.

Morbidität und Mortalität

Die Ursachen für die hohe Morbidität und Mortalität in den Speziallagern sind vielschichtig. Die Haftbedingungen in den Speziallagern Mühlberg und Bautzen förderten die Entstehung und massenhafte Verbreitung verschiedener Krankheiten. In beiden Haftstätten litten die Gefangenen unter der gedrängten Unterbringung sowie dem Mangel an Licht, Bekleidung und Heizmaterial. Die hygienischen Ver-

eine Entzündungsreaktion anzeigt und somit als Parameter zur Beurteilung des Heilungsverlaufs der Krankheit genutzt werden konnte.

Während die von den Häftlingsärzten aus Inspektion, Palpation, Auskultation und Perkussion bestehende körperliche Untersuchung sowie die Durchführung von Sputum-Analysen eine gemeinsame Basis in der Diagnostik darstellten, bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden untersuchten Speziallagern hinsichtlich des Vorhandenseins eines Röntgengerätes. Dieses stand in Bautzen von Beginn der Lagerexistenz im Jahre 1945 an, in Mühlberg aber erst ab April 1948 zur Verfügung. Die fachgerechte Feststellung von TBC- bzw. anderen Lungenerkrankungen sowie die Kontrolle des Krankheitsverlaufes waren im Speziallager Mühlberg somit deutlich erschwert. Die Ärzte mußten sich allein auf Verdachtsdiagnosen und die Ergebnisse mikroskopischer Analysen des Sputums Kranker zum Nachweis von Tuberkelbakterien stützen. Eine rechtzeitige Feststellung der Tuberkulose war aber für die schnelle Isolierung der Betroffenen und somit zur Vermeidung der Ansteckung anderer Lagerinsassen essentiell.

Auch die therapeutischen Möglichkeiten in den geschaffenen ambulanten und stationären medizinischen Einrichtungen beider Lager waren infolge des permanenten Mangels an Medikamenten, Verbandsmitteln, medizinischen Instrumentarien und Desinfektionsmitteln, der in der Nachkriegszeit auch außerhalb des Lagers herrschte, gering. Der Lazarettaufenthalt blieb somit auf die Isolierung der Kranken reduziert, allenfalls konnte eine symptomatische Behandlung von Beschwerden wie Schmerzen, Fieber oder Luftnot erfolgen. Dennoch versuchten die Ärzte unter den provisorischen Lagerbedingungen Hilfe zu leisten. In Ermangelung wirksamer Medikamente wurden in pharmazeutischen Laboren verschiedenste Heilmittel wie Kohle gegen Durchfallerkrankungen oder Traubenzuckerlösung zur Stärkung des Organismus der Patienten hergestellt. Eiweißmangelödeme bei Dystrophikern sollten im Speziallager Mühlberg durch „Cornin“, ein aus Haaren, Fingernägeln, Klauen und Hörnern von Vieh hergestelltes Ersatzprodukt, verringert werden. Aus Knochenabfällen gewannen die Ärzte mittels eines Autoklavs ein Zusatznahrungsmittel für Schwerkranke. Zur Behandlung offener Wunden, die zu zusätzlichem Eiweißverlust führten, setzten die Ärzte in Mühlberg Flie-

genmaden ein. Bei purulenten Hauterkrankungen wurde zur Stärkung des Immunsystems die Eigenblutübertragung angewandt. Gegen Vitaminmangel sollte ein in beiden Lagern hergestellter Sud aus Kiefern- und Fichtennadeln helfen. Im Speziallager Mühlberg war auch die innere und äußere Anwendung von Eigenurin als therapeutisches Mittel verbreitet, so zum Beispiel bei Halsentzündungen, Hautekzemen und Diphtherie. Diese Mittel und Methoden konnten zwar eine medikamentöse Therapie nicht ersetzen, gaben den Häftlingen aber dennoch das Gefühl der Hilfe und Fürsorge. Operationen, zu-

meist Notfall-eingriffe, wurden mit behelfsmäßigen Instrumenten durchgeführt. Analgetika und Narkosemittel gab es nur in seltenen Fällen, Verbandsmaterialien mußten in Chlorwasser gewaschen und wiederverwendet werden. Da Medikamente zur Behandlung von Tuberkulose erst in der Nachkriegszeit entwickelt wurden, bestand die Behandlung der Erkrankten zunächst nur aus Bettruhe und Spaziergängen an der frischen Luft sowie der Linderung auftretender Symptome. So wurden Pleuraergüsse, die oft begleitend auftraten, punktiert. Bei tuberkulösen Lungenprozessen wurde im Speziallager Mühlberg nur in Einzelfällen ein künstlicher Pneumothorax zur Kollapstherapie angelegt, während diese Maßnahme in Bautzen ab 1948 sehr intensiv angewandt wurde (Abb. 3). Damit konnte zumindest das Fortschreiten der Tuberkulose-Erkrankung einiger Patienten eingedämmt werden.



Abb. 2: Der Marsch der Tuberkulose-Kranken aus dem Haus III zum Röntgen in das Lazarett im Speziallager Bautzen (vgl. Keferstein H. 2001. Unruhige Jahre – Bautzen erlebt und aufgeschrieben. Monsenstein und Vannerdat, Münster, S. 252).

Verhängnisvoll für die Speziallagerhäftlinge war das Ausbleiben von Entscheidungen über ihr weiteres Schicksal seitens der verantwortlichen sowjetischen Stellen über Jahre hinweg. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit und infolge der mit der bevorstehenden Gründung der

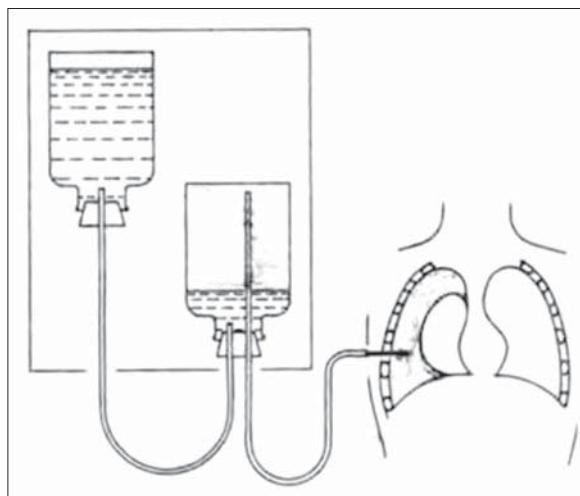


Abb. 3: Pneumothorax-Gerät (vgl. Keferstein H. 2001. Unruhige Jahre – Bautzen erlebt und aufgeschrieben. Monsenstein und Vannerdat, Münster, S. 252).

DDR eingetretenen veränderten politischen Situation wurden ab Mitte 1948 die meisten Internierten entlassen und für Februar 1950 die Schließung der letzten drei Lager angeordnet.

Dr. med. Anne Kolouschek

(Literatur bei der Autorin; 2017 Promotion am Institut für Geschichte der Medizin der Medizinischen Fakultät „Carl Gustav Carus“ der Technischen Universität Dresden; Nachdruck aus dem Ärzteblatt Sachsen 11/2020)

DDR-Altübersiedler und die Rentenüberleitung – ein Dauerärgernis

Ein Versuch in einfacher Sprache

Von Jürgen Holdefleiß

Das Thema „**DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR**“ ist bei den Politikern unbeliebt.

Angeblich sei rechtsstaatlich alles geklärt. Und im übrigen diene das Ergebnis der Gleichbehandlung aller Bürger der ehemaligen DDR, unabhängig davon, ob sie irgendwann in die Bundesrepublik Deutschland umgesiedelt waren oder in der DDR verblieben sind.

Die Politik verschanzt sich hinter der Behauptung, die rückwirkende Einbezugnahme der DDR-Altübersiedler in die Rentenüberleitung sei nicht nur rechtens, sondern diene auch der Gerechtigkeit, indem sie alle DDR-Erwerbsbiographien gleichen Bewertungsmaßstäben unterwerfe. Die Bewertung nach dem Fremdrengengesetz (FRG) habe ihre Berechtigung verloren, waren doch nach der Wiedervereinigung die realen DDR-Erwerbsbiographien für die Rentenversicherer zugänglich. Außerdem sei das FRG ein ungerechtfertigtes Privileg, mit dem die Übersiedler gegenüber denen, die in der DDR verblieben sind, angeblich besser gestellt würden.

Jeder Eingriff in das System der gesetzlichen Rentenversicherung, das von den Rentenexperten der Bundesregierung wie auch des Bundestages als „ausgewogen“ bezeichnet wird, beschädige diese Ausgewogenheit. Wollte man an der „fein justierten Stellschraube drehen“, hätte das das Entstehen von neuen Begehrlichkeiten zur Folge. Das könne man natürlich nicht wollen.

Der Rentenexperte Peter Weiß hat das in der Bundestagsdrucksache 17/6390 sehr schön erklärt: *mit der deutschen Einheit (sein) alle Bürger der ehemaligen DDR Bundesbürger geworden... Daher sei es systematisch richtig, daß sie alle nach dem Rentenüberleitungsgesetz behandelt würden. Da für die Berechnung der Renten einstiger Übersiedler und Flüchtlinge der allgemeine Rentenwert (West) angesetzt werde, seien sie finanziell besser gestellt als die Rentner im Beitrittsgebiet. Folgte man dem vorliegenden Antrag,*

entstünde nur neuer Streit – etwa seitens der Spätaussiedler. Eine Klageflut wäre zu erwarten. Daher könne die CDU/CSU-Fraktion den beiden Anträgen trotz Sympathie für die Betroffenen nicht zustimmen, zumal sich die Rechtsauffassung in dieser Frage in der Zwischenzeit nicht geändert habe. Rechtlich werde dem geforderten Vertrauensschutz auch bereits Rechnung getragen. (Anmerkung: Mit den beiden Anträgen sind die von SPD und den Grünen gestellten Anträge 17/5516, 17/6108 gemeint, mit denen die Bundesregierung aufgefordert wurde, den Konflikt zu lösen.)

Es ist schon etwas merkwürdig, wenn ein Politiker allen Ernstes behauptet, die schon lange vor dem Beitritt der DDR in Westdeutschland eingegliederten DDR-Bürger seien erst mit der Wiedervereinigung so richtige Bundesbürger geworden. Vielleicht liegt in dieser unreflektierten Sicht die Wurzel für manches Mißverständnis bei der Interpretation der Rentenüberleitung.

Aber darauf soll es hier nicht ankommen. Interessanter ist die Frage, wie es um die behauptete Besserstellung steht.

Es bietet sich an, die tatsächlichen Verhältnisse anhand einer fiktiven Begegnung repräsentativer Figuren zu beschreiben. Die folgende symbolische Geschichte legt die Fakten bloß.

*

Martin, Dirk und Wolfgang stehen als Prototypen für jeweils eine Untergruppe aus der Gesamtheit der Bürger der ehemaligen DDR.

Deren Biographien sind repräsentativ für die Beurteilung der Folgen der „Wende“, wie sie die Prototypen erleben und wie sie nach dem offensichtlichen Willen der Bundesregierung angeblich auch angemessen seien und der Gerechtigkeit dienen.

*

Martin, Dirk und Wolfgang waren in einem VEB der DDR tätig, sogar in derselben Abteilung. Alle drei waren sie Ingenieure. Alle drei gehören dem Geburtsjahrgang 1939 an.

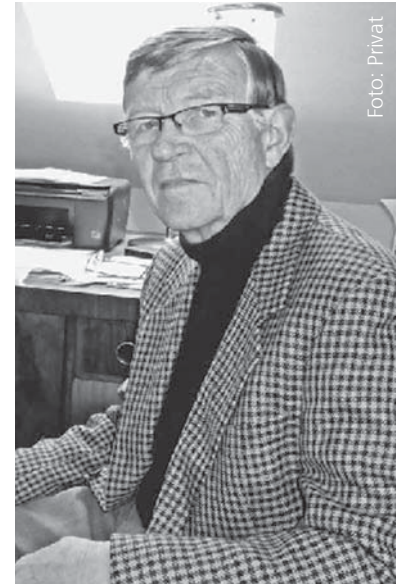


Foto: Privat

Jürgen Holdefleiß.

Martin war ein eher ängstlicher Typ. Man würde ihn als „angepaßt“ bezeichnen. Ein Mitläufer, der darauf bedacht war, alles zu vermeiden, was ihm „von oben“ angekreidet werden könnte.

Dirk war das Gegenteil. Er stand dem SED-Regime kritisch und ablehnend gegenüber. Für ihn gab es nur eines: Die DDR verlassen, wenn sich die Gelegenheit ergibt.

Wolfgang war ein guter Genosse. Ob aus innerer Überzeugung oder weil es sein Karrierebedürfnis verlangte, war sein Geheimnis. Bei jeder Gehaltserhöhung war er in vorderster Linie.

*

Martin erlebte den Fall der Mauer in seinem Heimatort, blieb weiter in seinem VEB beschäftigt. Er suchte sich dann ein paar Jahre später eine Arbeit im Westen.

Dirk hatte 1984 einen Ausreiseantrag gestellt, seinen Arbeitsplatz verloren und arbeitete bis zur Genehmigung seines Ausreiseantrages 1988 als Friedhofsgärtner.

Wolfgang überstand unbeschadet die Wirren der „Wende“ und behielt seine Stellung in dem VEB.

Martin war der „freiwilligen Zusatzrentenversicherung“ (FZR) beigetreten, wie es die Gewerkschaftsleitung seines VEB von ihm erwartete.

Dirk, der immer die Absicht hatte, in den Westen zu gehen, war der FZR nicht beigetreten. Den Ärger in seinem Betrieb nahm er in Kauf.

Wolfgang, weil er ein guter Genosse war, hatte die Mitgliedschaft in dem

System „Zusatzversorgung für Ingenieure“ bekommen und war damit für sein Alter gut gesichert.

*

Wiederbegegnung im wiedervereinigten Deutschland

Die drei ehemaligen Kollegen trafen sich einige Jahre später. Die Wiedervereinigung war vollzogen. Sie unterhielten sich über ihre Renten, die sie später einmal bekommen würden. Das Rentenüberleitungsgesetz RÜG war in Kraft.

Martin: Das Einkommen, das er in der DDR hatte, wurde in vollem Umfang berücksichtigt. Martin ist zufrieden.

Dirk: Der Feststellungsbescheid der BfA, den er bei seiner Eingliederung bekommen hatte, sagte ihm, daß seine Rente nach den Tabellen des FRG berechnet wird. Er vergleicht mit seinem ehemaligen Kollegen Martin. Sie kommen auf fast gleiche Ergebnisse. Dirk ist zufrieden.

Wolfgang: Wolfgang freut sich, daß sich seine Zugehörigkeit zum Zusatzversorgungssystem für Ingenieure offenbar ausgezahlt hat. Er ist mehr als zufrieden, wenn auch noch ein bißchen mißtrauisch.

*

Die drei ehemaligen Kollegen treffen sich später als Rentner.

Martin freut sich. Er bekommt überraschend mehr als erwartet: die sogenannte Intelligenzrente. Er wird so behandelt, als ob er dem Zusatzversorgungssystem für Ingenieure angehört hätte, obwohl er nicht wirklich dazugehört hatte. Er kann sich jetzt ungefähr mit Wolfgang messen. Wenn auch nicht ganz, denn Wolfgang hatte als guter Genosse mehr verdient als er.

Dirk ist verwundert und enttäuscht. Sein ursprünglicher FRG-Feststellungsbescheid der BfA wurde durch die DRV gecancel. Seine DDR-Jahre werden statt dessen nach dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) bewertet. Da er der FZR nicht beigetreten war, hängt er auf dem Niveau der Pflichtbeiträge von 600 Ostmark fest. Er ist stinksauer.

Wolfgang bekommt tatsächlich die Rente, wie er sie auf seinem einstigen Bescheid gelesen hat. Die zunächst mit Mißtrauen betrachtete Einführung westdeutschen Rechts hat ihn nicht enttäuscht.

*

Dirk versteht nicht, daß das Rentenkontto, welches bei seiner Eingliederung im

Jahre 1988 begründet worden war, auf einmal nichts mehr wert sein sollte.

Was hatte er schließlich mit dem Beitritt der DDR zu tun? Nichts! Er war doch längst im Westen. Das RÜG war bekanntermaßen für Leute wie Martin und Wolfgang gemacht worden! So hatte er es in der Zeitung gelesen.

*

Martin Ihm tut sein ehemaliger Kollege Dirk leid. Er rät ihm, er solle sich doch mal um die „Intelligenzrente“ kümmern. Schließlich sei er doch auch Ingenieur und auch in demselben Betrieb beschäftigt gewesen.

Dirk findet das einleuchtend und legt sofort Widerspruch bei der DRV ein. Dort lehnt man sein Ansinnen ab. Begründung: Die „Intelligenzrente“ käme für ihn nicht in Frage. Denn als Ausgereister sei er am 30. Juni 1990 nicht mehr in dem VEB beschäftigt gewesen. Seine zugegebenermaßen geringe Rente habe er sich selbst zuzuschreiben.

- Dirk, der immer noch an den Rechtsstaat glaubt, hielt das für einen Irrtum.
- Dirk klagt beim Sozialgericht. Er geht nach Klageabweisung in die 2. Instanz. Vergeblich auch dort. Schließlich das Stoppschild: Revisionsverbot.
- Dirk trägt sein Problem bei der Politik vor. Dort wird ihm bedeutet, daß der Gesetzgeber damals beschlossen habe, alle ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseartragsteller und aus politischer Haft Freigekauften rückwirkend in das RÜG einzubeziehen. Die Nachteile müsse man halt in Kauf nehmen.

Martin ist froh, daß er in der DDR geblieben war. Dirk tut ihm immer noch leid.

Wolfgang ist schadenfroh. Denn daß Dirk damals nach dem Westen gegangen war, hatte er als guter Genosse heftig mißbilligt.

*

Die Sache hat Dirk keine Ruhe gelassen. In seiner Nachbarschaft wohnt ein ehemaliger Aussiedler aus Polen, Jerzy. Dirk arrangiert ein Treffen mit Jerzy.

Jerzy ist so alt wie Dirk. Auch er ist 1988 nach Deutschland gekommen, als Aussiedler aus Polen.

Dirk: (etwas verlegen) „Entschuldigung, wie hoch ist deine Rente?“

Jerzy zeigt ihm den Feststellungsbescheid, den er bei seinem Eintreffen in Deutschland bekommen hatte. Eintrag: „FRG“.

Dirk: „Ja, das war bei mir damals auch so. Aber wie hoch ist denn die Rente, die du jetzt kriegst?“

Jerzy zeigt ihm seinen endgültigen Rentenbescheid. Auch dort der Eintrag: „FRG“. Seine tatsächliche Rente berechnet sich zu 100% auf der Grundlage des FRG.

Dirk schaut sich nun noch einmal seinen eigenen endgültigen Rentenbescheid an. Der Eintrag „FRG“ ist ersetzt durch den Eintrag „SVA“. Er ist ein weiteres Mal erschüttert.

Sein polnischer Nachbar bekommt zu 100% die Rente, wie sie eigentlich auch ihm selbst zusteht. Durch eine seltsame Maßnahme, die irgendwie mit der Wiedervereinigung zusammenhängt, über die er aber niemals informiert wurde, ist er auf Hilfsarbeiterniveau gelandet.


- Dirk hat irgendwo gelesen, daß sein Rentendilemma auf eine „politische Entscheidung“ zurückgehen soll.
- Er wendet sich voller Vertrauen an die Bundeskanzlerin. Mehrfach. Eine Antwort erhält er nicht.
- Er beschwert sich bei seiner Rentenversicherung, weil sie ihn über den Eingriff nicht zeitnah informiert hatte. Von dort wurde ihm erklärt, daß man dazu nicht verpflichtet gewesen sei.

Dirk hat nun endgültig seinen Glauben an den Rechtsstaat verloren.

Jerzy zuckt die Schultern und murmelt „miałeś pecha“ (Pech gehabt).

Martin hat Mitleid mit Dirk, aber nicht allzu sehr. Denn Dirk lebt ja schließlich länger im Westen als er. Und irgendwie versteht er das alles nicht.

Wolfgang wundert sich, wie sich die Verhältnisse nach der „Wende“ geändert haben: Dirk, der sich mit seiner Abkehr vom Sozialismus auf der richtigen Seite gewöhnt hatte, steht nach der „Wende“ als Verlierer da. Und er selbst, der zunächst befürchtet hatte, im „kapitalistischen“ System unter eine Art Rentenstrafrecht zu fallen, ist eindeutig ein Gewinner.

Dirk tut ihm aber nicht leid. Schließlich hat er den Sozialismus verraten. 

Stellenausschreibung

Redakteurin oder Redakteur für die Verbandszeitschrift „der stacheldraht“

Seit über 20 Jahren gibt die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, UOKG e.V. erfolgreich die Zeitschrift „der stacheldraht“ heraus, die kenntnisreich über den aktuellen Stand der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im In- und Ausland informiert und eine feste Leserschaft besitzt. Wir suchen zum 1. Januar 2022 eine Redakteurin/einen Redakteur (m/w/d), weil unsere langjährige Redakteurin zum 31. Dezember 2021 in den wohlverdienten Ruhestand gehen wird. Die Tätigkeit als Redakteurin bzw. Redakteur wird als Vollzeitstelle mit der Entgeltgruppe E 10 TVöD Bund vergütet.

Ihre Tätigkeiten werden sein:

- Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung bei der Herstellung der neuen Ausgaben pro Kalenderjahr
- Zeitplan für die einzelnen Arbeitsschritte innerhalb einer Ausgabe festlegen, wie Redaktionsarbeit, Endredaktion, Druckvorstufe, Korrektur, Imprimatur, Druck, Versand und Auslieferung
- Überblick über die geplanten Schwerpunkte im Vorlauf von jeweils zwei bis drei Ausgaben
- Bestandsaufnahme vorhandener Beiträge, Materiallücken auflisten
- Arbeit mit Autoren, Anregung von Beiträgen zu bestimmten Themen, Bestellung von Artikeln im Schnitt ca. zwei Ausgaben vor der Verwendung
- Recherche für redaktionelle Artikel, Nachrecherche für Autorenbeiträge
- Schreiben redaktioneller Artikel
- Interviews führen, autorisieren lassen
- Fotobeschaffung, eigene Fotos herstellen
- Redigieren aller Beiträge
- Veranstaltungen, Literatur und Termine recherchieren und verarbeiten

- Nachbereitung: Aktualisierung der Adreßdatei, Bearbeitung der Rückmeldungen von Lesern

Kernaufgaben der Zeitschrift:


- Vernetzung der einzelnen Betroffenen, Verbände und Institutionen, Vermittlung und Koordinierung ihrer Arbeit und Interessen
- aktuelle, auch für Laien gut handhabbare rechtliche, rechtspolitische und rechtspraktische Informationen und Darstellung rechtspolitischer Aktivitäten
- Darstellung des Standes der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit im In- und Ausland
- Beiträge zur Erinnerungspolitik
- Darstellung einschlägiger historischer Ereignisse und ihrer Folgen
- Anregung der politischen Bildungsarbeit für Verbände und einzelne Institutionen
- Beiträge, die sich für Multiplikatoren als Material für die Aufarbeitung eignen
- Berichte über Gedenkstättenarbeit und politische Bildungsveranstaltungen der Verbände und Aufarbeitungsinstitutionen
- Informationen über einschlägige politische Ereignisse und Auseinandersetzungen

- Informationen von Ämtern und Behörden
- Veranstaltungs-, Ausstellungs- und Literaturhinweise
- Suchanzeigen zur Klärung von Schicksalen sowie für wissenschaftliche Projekte u. ä.

Anforderungen:

- Es ist nicht notwendig, über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium im publizistischen oder historischen Bereich zu verfügen.
- Zwingend notwendig sind Kenntnisse über die Geschichte der DDR, insbesondere über Repressionsmethoden gegenüber Andersdenkenden und 30 Jahre Aufarbeitung sowie Erfahrungen im redaktionellen Bereich.

Bei Interesse senden Sie bitte Ihre aussagekräftige Bewerbung bis zum 31. Mai 2021 an:

UOKG – Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Personalabteilung, Ruschestraße 103,
Haus 1, 6. Etage, 10365 Berlin,
info@uokg.de 

Corona-Langeweile?

Wir veröffentlichen Sie im Netz. Wie funktioniert's? Sie schicken uns eine Mail. Dort beschreiben Sie in wenigen Zeilen, worüber Sie erzählen wollen. Wir schicken Ihnen einen Link für ein Zoom-Interview. Wir stellen Ihnen einige Fragen. Das Ganze dauert ca. 30 Minuten. Wir stellen das Interview ins Netz. Der Verein entscheidet über die Ausstrahlung und präsentiert und bewirbt das Interview auf Youtube. Link über: www.Buergerkomitee1501berlin.de

Indem Sie sich interviewen lassen, geben Sie die Zustimmung zu diesem Verfahren. Interesse? Los geht's. Anmeldung unter Bueko_1501_Berlin2@web.de, Stichwort: DDR-Geschichten 2021


Fragen

Wer sind Sie? Was haben Sie erlebt? Wie kam es dazu? Wie erging es Ihnen

danach? Haben Sie eine Rehabilitierung beantragt und bekommen?

Wie sehen Sie die Sache rückwirkend? Ihr DDR-Erlebnis? Den Versuch der Bundesrepublik, Vergangenes wieder gut zu machen, einen Gerechtigkeitsausgleich zu erzielen?

Christian Booß, Aufarbeitungsverein
Bürgerkomitee 15. Januar e.V.

(Eine Veranstaltung des Aufarbeitungsvereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V., Berlin in Kooperation mit dem Forschungsprojekt „Rechtsfolgen politischer Verfolgung im wiedervereinigten Deutschland“ des vom BMBF geförderten Forschungsverbunds „Landschaften der Verfolgung“ in der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) 

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

DDR-Frauenzuchthaus Hoheneck: Ausstellung soll junge Leute ansprechen

Von der Vorsitzenden des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V., Konstanze Helber, erhielten die Mitglieder des Forums am 18. Februar eine E-Mail mit einem Bericht zum Stand der Gedenkstätte Hoheneck. Sie bat um Rückmeldung und Meinungen.

Das Frauenzuchthaus in Hoheneck bei Stollberg war eine berühmte Strafanstalt der DDR. Frauen haben dort grausame Haftjahre durchlebt.

Fördermittel von 1,4 Millionen des Bundes zur Förderung von Kultur und Medien und vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus wurden im letzten Jahr bewilligt. Aber schon seit 2001, kurz nach der Schließung des Strafvollzugs, setzten sich die ehemaligen Hoheneckerinnen für die Schaffung eines Ortes der Erinnerung ein. Mir ist nun völlig unverständlich und unbegreiflich, wenn Hoheneck in das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz eingetragen wurde und als politischer Ort Sachsens gilt, wieso dann zuerst ein Kinder- und Jugendtheater und dann eine interaktive, auf Wissenschaft und Technik und primär für Schulklassen ausgerichtete Ausstellung „Phänomenia“ entstanden ist. Zudem wird es eine Ausstellung über Handel und Migration geben.

Diese Gedenkstätte soll von großer Bedeutung sein, damit nie vergessen wird, welches Unrecht und welche Gewalt im Gefängnis Hoheneck an Menschen begangen wurde. Hat nicht die grausame Bedeutung des Ortes Vorrang? Der Termin der Eröffnung wird immer weiter nach hinten verschoben, man sollte bedenken, wie alt die Frauen inzwischen sind. Vielen

wird es gar nicht mehr möglich sein, diese Gedenkstätte zu besuchen.

Mein erster Eindruck der Grafik aus dem Multimedia-Projekt der Agentur Kocmoc war entsetzlich. Die Authentizität des Ortes geht mit einem pink gestalteten Flur völlig verloren. Was hat Las Vegas in Nevada mit Hoheneck zu tun? Es steht außer Frage, daß die Gefangenen von Freiheit geträumt haben. Schade, daß ich das Bild nicht vergrößern und erkennen kann, ob am Ende des Flures ein Jimi Hendrix mit Gitarre abgebildet ist. Wenn Motive mit dem Songtext von Udo Lindenberg „Der Sonderzug nach Pankow“, von den Skorpions „Wind of Change“ oder Marius Müller Westernhagen „Freiheit“ dort angebracht wären, würde das zum Thema passen.

Sollen die Besucher nur noch virtuell durch das ehemalige Gefängnis geführt werden? Läuft die interaktive Dokumentation in einem Kinosaal ab? Wie werden die grausamen Eindrücke des Ortes vermittelt? Mit Lichteffekten, wenn man sich fortbewegt?

Was ist mit den Besuchern, für die diese Technik zu neu ist? Es kommen hoffentlich nicht nur Schüler und Jugendliche. Mit einer ehemaligen Mitarbeiterin haben sich Frauen aus Hoheneck ausgetauscht. Leider steht sie als Ansprechpartnerin nicht mehr zur Verfügung. Ich bitte das Expertengremium sowie den Fachbeirat, mehr ehemalige politisch Inhaftierte zu befragen und in das Konzept einzubeziehen. Mir ist bewußt, daß man einen Gefängnisalltag auf keinen Fall in eine Vitrine packen kann. Ein Beispiel ist das Menschenrechtszentrum Cottbus, dort wird

in einer ehemaligen Zelle das Knastleben der Inhaftierten nachgestellt. Ansonsten ist die Ausstellung auch sehr modern. Den Eindruck einer Großraumzelle, die primitivsten Waschräume und die Eimer,



Die ehemalige „Hölle von Hoheneck“.

die zur Notdurft bereitstanden, kann man zwar beschreiben, wenn aber alles gezeigt und dargestellt wird, hinterläßt es einen tieferen Eindruck.

Leider befand sich das Areal seit 2003 in Privatbesitz, und der Investor wollte ein Erlebnishotel errichten. Ich habe ein Déjà-vu bei dem Gedanken, daß auf dem Areal eine Herberge entstehen wird, wo die Jugendlichen mehrere Tage verbringen können. Meine schlimmsten Befürchtungen sind, daß dort gefeiert und getrunken wird. Was ist dann der Unterschied zwischen dem Erlebnishotel und den Übernachtungsmöglichkeiten? Wie soll ich als Zeitzeugin die Grausamkeit des Ortes, welchen ich als die Hölle bezeichne, den Schülern vermitteln, wenn in Hoheneck dann bei einem Besuch alles schön, bunt und hell aussieht?

Elke Schlegel

Sächsischer Landtag wählte neue Landesbeauftragte

(lasd) Am 24. März 2021 wählte der Sächsische Landtag Dr. Nancy Aris einstimmig zur neuen Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Nancy Aris tritt das Amt am 1. Mai 2021 als Nachfolgerin von Lutz Rathenow an.

Die Historikerin und Autorin wurde 1970 in Ost-Berlin geboren. Nach dem Mauerfall studierte sie Russistik, Polonistik und Neueste Geschichte in Berlin, Moskau und Wrocław. Sie promovierte zur

Geschichtsschreibung im Stalinismus und arbeitete zur Repressions- und Widerstandsgeschichte. Dabei widmete sie sich ehemaligen Haftorten, vor allem aber den individuellen Erfahrungen politisch Verfolgter. Seit 2003 ist Nancy Aris stellvertretende Landesbeauftragte. In dieser Funktion legte sie diverse Publikationen zur Diktaturgeschichte vor, u. a. „Via Knast in den Westen. Das Kaßberg-Gefängnis und seine Geschichte“ sowie „Das lässt einen nicht mehr los. Opfer

politischer Gewalt erinnern sich“. Daneben erarbeitete sie Ausstellungen und förderte die historisch-politische Jugend- und Erwachsenenbildung zur Geschichte der SBZ und DDR auf vielfältige Weise.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus und das Bautzen-Komitee hatten sich im Vorfeld für Aris ausgesprochen. Sie betonten vor allem ihr sachkundiges und energisches Engagement für die Betroffenen. Mit der nun getroffenen Wahl



findet Aris' stetes Engagement, Betroffenen konkrete und nachhaltige Hilfe zukommen zu lassen, Kontinuität und zugleich eine neue Wirkungsebene.

Das findet auch der scheidende Landesbeauftragte Lutz Rathenow: „Ein wichtiger Generationswechsel findet statt. Nancy Aris hat sich in der bisherigen Arbeit mehr als bewährt. Sie wird durchsetzungsstark vor allem die Betroffenen bei der Inanspruchnahme ihrer Möglichkeiten unterstützen. Die Arbeit der Landesbeauftragten wird deutschlandweit wichtiger, aus meiner Sicht vor allem in Sachsen, wo mit dem perspektivischen Wegfall der Stasi-Archivstandorte Chemnitz und



Foto: LASD/Steffen Giersch
Die neue Sächsische Landesbeauftragte, Nancy Aris.

Dresden sonst die Spaltung der Aufarbeitungslandschaft droht.“

Nancy Aris äußerte sich nach ihrer Wahl: „Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Abgeordneten. Die Aufarbeitung von SED-Unrecht bleibt aktuell, denn auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall gibt es viele Fragen an die Vergangenheit. Gleichsam ist es wichtig, historisches Wissen auf angemessene Weise an nachkommende Generationen zu vermitteln und dabei die Opfer der kommunistischen Diktatur nicht zu vergessen. Sie zu unterstützen und in würdiger Form an ihre Schicksale zu erinnern, darin sehe ich meine Hauptaufgabe im neuen Amt.“

Keine Besserstellung von DDR-Staatsdienern

(stl) Die rot-schwarze Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern hat nun doch von Plänen, die Kappungsgrenzen für ehemalige DDR-Staatsdiener zu streichen, abgesehen. Dies geschah nach massiver Kritik durch die UOKG und die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anne Drescher. Diese hatte von einem Schlag ins Gesicht der Opfer gesprochen. Das DDR-System sei nicht nur von der Stasi und den wenigen

verurteilten Funktionären getragen worden, sondern auch von den vielen Mitarbeitern in den staatlichen Organen und Verwaltungen.

Die UOKG äußerte in einem Brief an die Verantwortlichen u.a., sie sei sich der Tatsache bewußt, daß ehemalige Staatsbedienstete der DDR bisher gut bedient worden seien und in der Regel besser dastünden als die SED-Opfer, nicht nur, was

die Gesundheit angehe, sondern auch bei der Versorgung. So kümmere sich das Bundesverwaltungsamt sehr fürsorglich um ehemalige DDR-Staatsdiener, indem diese teilweise mehrfach angeschrieben würden, um sie aufzufordern zu prüfen, ob sie noch weitere Vergünstigungen in Anspruch nehmen könnten. Davon würden SED-Opfer nur träumen. Diese Ungerechtigkeiten schlugen sich z.B. besonders bei dem Thema Rentenüberleitungsgesetz nieder.

60 Jahre nach dem Mauerbau

BAB startet digitale Veranstaltungsreihe

(BAB) In diesem Jahr wird an den Bau der Berliner Mauer vor 60 Jahren erinnert. Aus diesem Anlaß veranstaltet das Team des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) die digitale Diskussionsreihe „Berlin – Gesellschaft der Mauern? 60 Jahre nach dem Mauerbau“. Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Medien sprechen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen über Grenzen früher und heute, ihre Auswirkungen auf die Lebenswelten der Menschen sowie über Ausgrenzung und Integration in der Metropole Berlin.

Los ging es am 18. März 2021 um 18.00 Uhr live auf dem YouTube-Kanal des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Zum Auftakt standen die Erfahrungen von Berlinerinnen und Berlinern in Ost und West im Mittelpunkt. „Neben der Mauer haben auch unterschiedliche Vorstellungen von gesellschaftlichen Werten und sozialem Miteinander das Leben in beiden Teilen der Stadt beeinflusst“, sagte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom

Sello. „Und sie prägen die Gesellschaft bis heute.“ Wie die Menschen die 1989 gewonnenen Freiheiten bis heute gemeinsam erleben, wurde mit der Psychoanalytikerin Annette Simon und dem Politikwissenschaftler Michael Lühmann diskutiert.

Weitere Termine:

Donnerstag, 20. Mai 2021, 18 Uhr, „Die Grenzen der Grenzenlosigkeit“;

Donnerstag, 16. September 2021, 18 Uhr, „Zuflucht hinter Mauern?“;

Donnerstag, 18. November 2021, 18 Uhr; „Wir und die Anderen. Mauern in der Stadtgesellschaft“

Zuschauer können ihre Fragen und Anmerkungen vor und während der Veranstaltung per E-Mail an veranstaltungen@aufarbeitung-berlin.de und im YouTube-Chat stellen. Das Video steht anschließend auf der Webseite <https://www.aufarbeitung-berlin.de> zur Verfügung.

Leserbrief

Zum Beitrag „Geschichts(v)erklärung“, Ausg. 1/2021

Kritik notwendig

Es muß noch angemerkt werden, daß der spätere DDR-Professor Otto Prokop als jugendlicher Mitglied der in Österreich verbotenen „Hitlerjugend“ war und im Zweiten Weltkrieg der Wehrmacht-Heeresgruppe A angehörte, der später Kriegsverbrechen vorgeworfen wurden. Viel schlimmer – und deshalb muß es unbedingt erwähnt werden – ist jedoch der MfS-Orden „Medaille der Waffenbrüderschaft“ in Gold, den Prokop 1983 direkt von SED-MfS-Minister Mielke erhielt. Prokop wurde vom MfS attestiert, daß er „dem MfS eng verbunden und verschwiegen war“, und damit gehört er zu den Tätern dieser Diktatur.

Zu dieser Zeit war nicht nur ich in der DDR durch SED und MfS politisch inhaftiert, deshalb sollte Professor Prokop auch kritisch dargestellt werden.

A.W. Bauersfeld, Hannover

Neue Zeitschrift „GULag und Gedächtnis“

Almanach der Landesbeauftragten zu kommunistischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR

„GULag und Gedächtnis. Beiträge zur Deutsch-Russischen Geschichte“ heißt eine neue Fachzeitschrift, die am Tag der Menschenrechte 2020 von der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher als Herausgeberin vorgestellt wurde.

„Im Schwurgerichtssaal des Schweriner Landgerichts verurteilte ein Sowjetisches Militärtribunal 1945 bis 1955 zahlreiche unschuldige Menschen zum Tode oder zu langen Haftstrafen“, sagte die Landesbeauftragte Anne Drescher. Über die Todesurteile und die etwa 35 000 verurteilten deutschen Zivilisten, die in sowjetischen Lagern inhaftiert waren, sei nach wie vor viel zu wenig bekannt.

„Die Zeitschrift soll mit ihren Beiträgen über die kommunistische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR und im Zwangsarbeitslagersystem des GULag informieren. Zugleich bietet der jährlich erscheinende Almanach

auch den in der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion organisierten Betroffenen und Angehörigen ein Forum, zumal deren Jahrestreffen altersbedingt nicht mehr stattfinden können“, erklärte Mitredakteurin Edda Ahrberg.


„Nach dem Umbruch 1990 wandten sich Menschen an unsere Beratung, die nach den langen Jahren verordneten Schweigens endlich über ihre schlimmen Erfahrungen in den sowjetischen Lagern reden wollten. Für viele konnten Rehabilitierungen und Entschädigungen erreicht werden. Anderen Familien gelang es erst jetzt, das Schicksal ihrer von der sowjetischen Geheimpolizei verschleppten Angehörigen und deren Todesumstände zu klären“, berichtete Anne Drescher.

Die Redakteurinnen der Zeitschrift Edda Ahrberg und Anne Drescher erläuterten das Anliegen der Zeitschrift: Der Almanach wird sich bei der historischen Aufarbeitung dieser Epoche auch mit Opposition und Widerstand, der Geschichte des

GULags in der Sowjetunion sowie den aktuellen Entwicklungen in der Erinnerungspolitik der Russischen Föderation befassen. Neben wissenschaftlichen Aufsätzen sollen auch Biografien, Lebenserinnerungen, Dokumente, Rezensionen und Konferenzberichte veröffentlicht werden. Die Publikation wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.): GULag und Gedächtnis. Beiträge zur Deutsch-Russischen Geschichte. ISSN 2702-2315, ISBN 978-3-933255-61-7. Schutzgebühr 6 Euro; Online bestellt werden kann die Zeitschrift unter

www.landesbeauftragter.de/publikationen/aktuelle-publikationen/

Die Zeitschrift ist auch erhältlich in der Geschäftsstelle der Landesbeauftragten, Tel. (03 85) 73 40 06, Fax (03 85) 73 40 07, E-Mail post@lamv.mv-regierung.de. 

Abschied

Hossein Yazdi

„Strafgefangener 382“ – so bezeichnete sich Hossein Yazdi mit einem verschmitzten Lächeln zuweilen selbst. Am 4. Februar 2021, ist „382“ im Alter von 86 Jahren verstorben.

Wir trauern um einen großartigen Menschen, der die Arbeit der Gedenkstätte Bautzen von Anfang an begleitet und immer mit vollen Kräften unterstützt hat. Viele Besucherinnen und Besucher der ehemaligen Stasi-Sonderhaftanstalt beeindruckte er mit den Schilderungen seiner Repressionserfahrungen. Insbesondere Schülerinnen und Schülern wußte er die Geschichte der DDR und seines besonderen Lebens nahezubringen.

Hossein Yazdi wurde am 13. September 1934 in Teheran geboren. Seit 1954 studierte er in der DDR Agrarwissenschaften. Vom Kommunismus enttäuscht, übermittelte er ab 1957 Informationen über in der DDR lebende iranisch-kommunistische Exilanten an den Geheimdienst des Schah-Regimes. Gemeinsam mit seinem Bruder Feridoun wurde er 1961 von der Staatsicherheit der DDR verhaftet. Das

Bezirksgericht Leipzig verurteilte ihn wegen „Verbrechen gegen das Gesetz zum Schutz des Friedens“ zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe. Beide kamen nach Bautzen II, die Sonderhaftanstalt des Ministeriums für Staatsicherheit. Bis zur Entlassung von Feridoun 1969 waren sie von den übrigen Häftlingen streng isoliert. Kurz vor einem geplanten Staatsbesuch des Schahs in der DDR wurde Hossein Yazdi im Mai 1977 nach fast 16 Jahren aus der Haft entlassen. Seitdem arbeitete er als Journalist. 1992 hob das Bezirksgericht Leipzig das Urteil von 1962 als unrechtmäßig auf.

Trotz der langen Gefangenschaft behielt Hossein Yazdi seine Würde. Das Elend der Erinnerung, das ihn den Rest seines Lebens begleitete, bekämpfte er mit Humor und Großzügigkeit. Seine Lust, das Leben in vollen Zügen zu genießen, war mitreißend und für alle ansteckend. Er hinterläßt eine große Lücke. Wir werden sein Andenken bewahren. Die Erinnerung an ihn wird uns auch zukünftig bei der Arbeit Ansporn und Verpflichtung sein.

Gedenkstätte Bautzen

Helmuth Wippich

Uns hat die traurige Nachricht erreicht, daß Helmuth Wippich leider am 14. März 2021 im Alter von 70 Jahren unerwartet verstorben ist. Helmuth Wippich, der als Jugendlicher in der Lindenstraße in Potsdam aufgrund seines politischen Engagements inhaftiert war, war mit seiner „Initiative verfolgte Schüler und Studenten“ seit vielen Jahren mit großem Einsatz in der UOKG vertreten. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, Freunden und Mitstreitern.

Wir bedanken uns bei ihm und werden ihn vermissen.

Dieter Dombrowski,
Bundesvorsitzender der UOKG

Für mich war er ein guter Freund. Er persönlich und seine tiefgreifenden Telefonate werden mir fehlen. Wir alle hätten uns gewünscht, daß ihm noch einige Jahre beschert gewesen wären, in denen er unsere Reihen weiter gestärkt und uns angespornt hätte. Der Tod aber pflückt sich seine Opfer, wenn sie nicht mehr die Kraft haben, ihm zu widerstehen. Helmuth konnte seinen Weg nicht weitergehen, und wir müssen das akzeptieren.

Elke Schlegel

Eine Freundschaft, die es nicht gab

Daß man über kommunistische Geheimdienste zumindest im Nachhinein auch lachen kann, hat der polnische Historiker Tytus Jaskulowski vor einiger Zeit in einem sehr lesenswerten Buch deutlich gemacht. Jetzt wurde seine Habilitationsschrift, die das Miteinander und Gegeneinander von polnischem Dienst und MfS ins Bild setzt, veröffentlicht. Von seltsamen Geschenken, die zwischen den Funktionären den Eigentümer wechselten, ist zwar auch hier die Rede, jedoch stehen vor allem die Unstimmigkeiten zwischen den beiden kommunistischen Geheimdiensten im Mittelpunkt. Die Geheimpolizei gehörte in Polen anders als in der DDR zum Innenministerium. Wie

das MfS war sie ansonsten nach dem Vorbild sowjetischer Geheimdienste aufgebaut.

Im Detail gab es Strukturunterschiede, was z.B. durch die Stellung der Kirche bedingt war. Immerhin gehörten zeitweise viele Geheimpolizisten selbst der Kirche an, die sie eigentlich bekämpfen sollten. Die Bedeutung der katholischen Kirche war wesentlich größer als die der evangelischen Kirche in der DDR. Polnischen Theologiestudenten wurde genehmigt, in der DDR

zu studieren, da man Beeinflussung durch „sozialistischen Geist“ erhoffte. So große gesellschaftliche Unterstützung wie in Polen genossen die sogenannten feindlich-

negativen Kräfte in der DDR nicht. Dennoch verfügte die Geheimpolizei in der wesentlich kleineren DDR über mehr als fünfmal so viele IM wie in Polen.

Als Hauptfeind im Inneren galten neben der Kirche die Gewerkschaft *Solidarność*, im Äußeren der Sender Freies Europa und Gruppen von antikommunistischen Exilpolen. Zur Bekämpfung dieser Gewerkschaft wurde eigens eine Sondereinheit („Studienbüro“) eingerichtet. Beide Ziele wurden sowohl vom polnischen Geheimdienst als auch vom MfS „bearbeitet“. Beide Dienste betrieben Aufklärungsarbeit zur Opposition des Partners. Einschleusung vermeintlicher Oppositioneller in die Bundesrepublik, um dort neben Aufklärung Zersetzung zu betreiben, kennt man von den Aktionen des MfS z.B. gegen die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Weil dort auch Polen aktiv waren, gaben sich die Inoffiziellen Mitarbeiter beider Geheimdienste in Frankfurt die Klinke in die Hand. Selbstverständlich, ohne voneinander als Spitzel zu wissen.

Im Rahmen der „Westarbeit“ gab es immer wieder Probleme. So behinderte das polnische Innenministerium das MfS bei dem Versuch, Westdeutsche in Polen zu bekämpfen. Um die Verhandlungen zwischen Polen und der Bundesrepublik zu stören, ließ der polnische Geheimdienst einen geheimen Mitarbeiter des MfS im westdeutschen Auswärtigen Amt auffliegen. Gemeinsame Arbeit zeigte sich dagegen darin, daß der arabische Terrorist Abu Daud, der in Warschau bei einer Schießerei schwer verletzt wurde, mit einem polnischen Regierungsflugzeug in die DDR gebracht wurde. Interessant sind die Informationen zum Austausch von Spionagetechnik. Das läßt an die Leistungen der Polen im II. Weltkrieg auf

dem Gebiet der Kryptologie denken. Gab es einen Rejewski, einen Zygulski im polnischen Geheimdienst nach 1945?

Das Buch von T. Jaskulowski enthält neben einer Vielzahl von Informationen über das Zusammenwirken von MfS und polnischem Innenministerium Hinweise auf Mißtrauen, auf kontraproduktive Aktionen und auf regelrechte Gegnerschaft. Polen galt dem MfS als unsicherster Staat des Warschauer Paktes. Das Buch läßt vermuten, daß dies eine richtige Einschätzung Mielkes war. Aber auch die polnische Seite lieferte realistische Einschätzungen über die Lage der DDR. Anders als deren Führung erkannte man in Polen deutlich die Zeichen einer Endzeit. Der gegenseitige Schriftverkehr allerdings, so Jaskulowski, ist als ein „Meisterwerk gegenseitigen Belügens“ zu betrachten.

Das Buch ist gut lesbar geschrieben, es gehört in den Bücherschrank eines jeden an Politik in Europa Interessierten. Leider ist das Namensverzeichnis zu kurz geraten, was das Recherchieren in diesem dicken Werk erschwert. Auch wäre ein Organigramm, zumindest der polnischen Geheimdienste, bei einer Neuauflage wünschenswert.

Auch wenn es schwierig, wenn nicht unmöglich, ist, folgende Fragen zu beantworten, sollen sie zumindest gestellt werden. Wenn einer die Antwort findet, ist es jemand wie Jaskulowski.

- Welche westdeutschen Spitzel der DDR-Stasi wurden in Polen gegen *Solidarność* eingesetzt?
- Welche Größenordnung hatte des IM-Netz des KGB in Polen?
- Gab es in Polen ein separates IM-Netz der „Aufklärung“ (wie das der HVA in der DDR)?

Bernd Lippmann



.....
 Tytus Jaskulowski: *Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974-1990*, Göttingen 2021, 464 S., 35,00 €

Eine polnische Dokumentation über das Speziallager Tost

Die Literatur über die sowjetischen Speziallager östlich der Oder/Neiße-Linie scheint überschaubar zu sein. Dem Rezensenten sind lediglich zwei eigenständige Publikationen bekannt: Das Sachbuch über Tost von Sybille Krägel und Siegfried Petschel (1998) sowie die Studie von Holm Kirsten über Landsberg an der Warthe (2005). Vereinzelt Erinnerungsberichte wurden zudem in Zeitschriften und Sammelbänden publiziert.

Bereits 2017 erschien in Polen eine weitere, bemerkenswerte Dokumentation über die NKWD-Internierung in der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Tost. Sie basiert vorwiegend auf Quellen aus dem Institut für Nationales Gedenken (IPN) in Kattowitz, berücksichtigt aber auch die Informationen und die wenigen faksimilierten russischsprachigen Unterlagen aus der von Krägel und Petschel verantworteten Veröffentlichung.

Im ersten Teil des Buches beschreiben die drei IPN-Mitarbeiter Rosenbaum, Tracz und Wegrzyn die Geschichte des ober-schlesischen Verwahrortes und geben einen ausführlichen Überblick über den Leidensweg der 4500 Insassen. Inhaftiert wurden sie von Operativen Gruppen der Geheimdienste NKWD und Smersch in Sachsen und Schlesien, aber auch in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt und im Sudetenland. Im Gegensatz zu den

Lagerhäftlingen in der SBZ mußten die Betroffenen, eingeteilt in verschiedene Kommandos, in der Umgebung der Kleinstadt Tost Zwangsarbeit leisten und u. a. unter erschwerten Bedingungen auf den Feldern die Ernte einbringen. Dazu kamen eine minimale Verpflegung, extrem unhygienische Haftbedingungen und permanente Mißhandlungen. In der Folge starben vermutlich „um die 3000 Menschen“ vorwiegend an Hunger und Krankheiten.

Ein weiterer Abschnitt enthält elf Erinnerungsberichte bzw. dokumentierte Aussagen von zehn Zeitzeugen. Darunter ein Erlebnistext des Beuthener Georg Kukowka, der vermutlich erstmals Anfang 1965 im „Neuen Oberschlesischen Wanderer“ erschien, und die nachträglich angefertigten Aufzeichnungen von Siegfried Petschel.

Der dritte und abschließende Teil der polnischen Publikation reißt, soweit wie es heute noch möglich ist, die einzelnen Insassen des sowjetischen Lagerstandorts Tost aus dem Vergessen. In ihm präsentieren die IPN-Forscher erstmals eine über 4000 Einträge umfassende Namensliste. Im wesentlichen fußt sie auf den heimlichen Notizen des aus Breslau stammenden Lagerarztes Dr. Herbert Leue über die ihm bekannten Verstorbenen und auf den Transportunterlagen der drei großen Interniertenüberstellungen Juni/Juli 1945 aus dem Speziallager Bautzen nach Tost. Besonders hervorzuheben ist, daß bei über 1300 Personen auch das Todesdatum vermerkt wurde. Darunter befinden sich auch diejenigen Gefangenen, die nach Schließung des Lagers im November 1946 krank und entkräftet in Tost zurückgeblieben und trotz aufopferungsvoller

Pflege von Klosterschwestern und Stadtbewohnern dort verstorben sind.

Die annotierte Dokumentation sollte baldmöglichst, vielleicht mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Aufarbeitung, aus dem Polnischen übersetzt werden und auf dem deutschen Büchermarkt erwerbbar sein.

Peter Erler

(Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen)

.....
Sebastian Rosenbaum/Boguslaw Tracz/Dariusz Wegrzyn: Tiuma-lagier Tost. Historia obozu NKWD w Toszku w 1945 roku. Toszek 2017

Wandel durch Anbiederung

Der promovierte Rechtsanwalt Uwe Lehmann-Brauns legt mit dieser Veröffentlichung eine Streitschrift vor, in der er deutliche Kritik an den westdeutschen, vor allem aber an den Politikern aus West-Berlin gegenüber der Ostberliner SED-Führung formuliert. Im Vorwort schreibt er: „Die dem einen Landesteil bescherte unabsehbar lange Diktatur, deren Befreiung Verfassungsauftrag des bundesdeutschen Grundgesetzes war, wurde im Westen unter allerlei Vorwänden achselzuckend hingenommen. Vierzig Jahre lebte die Nation ohne gemeinsame Freiheit und Einheit vor sich hin.“ In 17 Kapiteln skizziert er politische Prozesse und Personen der damaligen Zeit, die er oft auch persönlich kannte, und so entsteht gleichzeitig ein Nachschlagewerk mit vielen Facetten. Kritisch beurteilt er beispielsweise Äußerungen des damaligen Bundespräsidenten R. von Weizsäcker in seiner Rede vom 8. Mai 1985: „Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit“, heißt es darin. Nein, nicht wir, nur wir Westdeutschen!

Buchtip

Buch von Eberhard Hoffmann

Das Buch von Eberhard Hoffmann „verführt, verfolgt, verdrängt“, Bilanz meines bewegten Lebens, das im Stacheldraht Nr. 1/2019 vorgestellt wurde, war zwischenzeitlich vergriffen.

Die 2. Auflage dieses Buches ist nun erschienen und über die Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V., Schulplatz 4, 04931 Mühlberg/Elbe, Tel. (03 53 42) 8 74 87, E-Mail: lager-muehlberg@t-online.de, wieder erhältlich.

die auf Flüchtlinge schießenden Grenzpolizisten waren kein Thema.“

Aber Lehmann-Brauns legt sich bei seinem Urteil nicht einseitig parteipolitisch fest. So schreibt er über den Besuch von Franz-Josef Strauß bei Honecker: „Strauß fühlte sich mit diesem Gesprächspartner, der ihm sein Jagdrevier in der Schorfheide vorführt, sichtlich wohl. Bei soviel Nähe muß es nicht zu Diskussionen über Mauertote, die Wiedervereinigung, die Freiheitsrechte in der DDR kommen, auch nicht beim Gegenbesuch Honeckers 1987 in München.“

Viele weitere interessante Aspekte der Deutschlandpolitik finden sich in dieser sehr empfehlenswerten Veröffentlichung, mit einem Anhang von Presseartikeln sowie einem hilfreichen Namensverzeichnis und ausführlichen Literaturhinweisen. In einem Fazit heißt es am Ende: „Die Wiedervereinigung ist und bleibt ein Geschenk für die Deutschen. Der Weltgeist hat es gut mit ihnen gemeint, obwohl er ihnen nichts schuldet.“



.....
Uwe Lehmann-Brauns: Wandel durch Anbiederung – Wie die Deutschlandpolitik der achtziger Jahre fortwirkt, Lukas Verlag Berlin 2020, 192 S., 19,80 €

Robert von Arnsberg

Am Ende die Wende

Der Autor Wolfgang Mondorf, Arzt und Romancier, hat den Roman „Und am Ende die Wende“ über junge Menschen geschrieben, die in der DDR von 1987 bis



.....
 Wolfgang Mondorf: *Und am Ende die Wende*, Schippach-Verlag Frankfurt 2020, 340 S., 9,95 €

1989 eine aufregende und nicht ungefährliche Zeit erlebten. Sie waren sehr jung, im Alter zwischen 16 und 20 Jahren.

Er erzählt ihre Geschichten sehr eindrücklich, erzählt vom Leben und Scheitern einer jungen Generation. Sie geraten in politische Konflikte mit dem System, weil sie nicht den Ansprüchen des Systems entsprechen. Plötzlich sind sie Staatsfeinde. Ungewollt.

Sie denken anders, als das Gesellschaftssystem ihnen vorgibt, wollen frei sein in ihren Gefühlen und selbstbestimmt leben können.

Protagonisten im Buch sind drei junge Frauen und ein Mann. Das Buchcover läßt ahnen, daß die Wege der Jugendlichen nicht einfach sind. Die dunkle Fassade eines Gefängnisses ist abgebildet. Davor stehen Menschen mit FDJ- und DDR-

Fahne. Was sagt uns das? Wer nicht systemkonform und linientreu in der DDR leben wollte, wurde weggesperrt? Paßte man sich an, ging alles seinen „sozialistischen Gang“?

Maria weiß, daß sie nicht mehr bleiben will in diesem Land. Ihr Wunsch steht fest, in den Westen zu gehen. Angeregt von den Erzählungen ihrer Großmutter, die die Welt gesehen habe, möchte sie das auch. Nach dem Tod der Großmutter stellt sich heraus, daß diese sich alles nur erträumt hat. Maria ist unfaßbar traurig und wütend zugleich, daß sie so von der Großmutter belogen wurde. Alle belügen sie, so ihr Empfinden. Sie geht diesen Weg und muß erfahren, wie kompliziert es ist, in die ersehnte Freiheit zu gelangen. Es ist für den Leser manchmal schwer auszuhalten. Maria wurde großes Unrecht angetan.

Alex ist Marias Jugendliebe. Seine Geschichte im Buch ist eine besondere. Sohn eines SED-Funktionärs, der für sich selbst alle Annehmlichkeiten durch den Vater nutzen kann und es auch tut. Er arrangiert sich mit dem System bis hin zum Verräter.

Ulrike, Marias Freundin, findet ihren Platz in der Friedensbewegung, fährt mit ihren Eltern zu den Demos nach Leipzig. Sie geraten in die Mühlen der Stasi. Das bedeutet politische Verfolgung, schließlich Jugendwerkhof und Inhaftierung.

Lisa gehört auch noch in diese Clique. Sie tut sich schwer, akzeptiert zu werden. Immer wieder steht sie zwischen den Mädchen und Alex. Will es allen recht machen, auch der Stasi.

Der Autor hat nicht nur mit Menschen gesprochen, er hat auch die Orte der Repression besucht. Den Jugendwerkhof Torgau und das Frauengefängnis Hoheneck. Er schafft es, die Gefühle, Ohnmacht und die Sehnsucht nach Freiheit zu beschreiben, wie auch Ängste und Träume. Er nimmt den Leser mit in die Zeiten der DDR vor der Wende, wo junge Menschen in der DDR Entscheidungen treffen mußten: Anpassen, Gehen oder Bleiben.

Es ist ihm ein brillanter Roman gelungen, ein Roman, in dem vier Geschichten stecken über unschöne Zeiten, gestohlene Jugend, junge Menschen in der DDR, mit der Hoffnung auf bessere Zeiten. Und so kam am Ende die Wende. Die DDR am Ende. Die Sehnsucht nach Freiheit hat ein Ende. Eine neue Zeit ihren Anfang. Es ist der erste Roman aus einer Trilogie. Man kann also gespannt sein, ob alles gut wird in „Wende gut alles gut“, dem zweiten Roman.

Maria hat ein Lied während ihrer Leidenszeit geschrieben. Auf dem Buchcover hinten ist der QR-Code dazu. Man kann also nicht nur einen Roman lesen, sondern auch hinein hören. Gesungen wird das Lied von Elina Grohe, ganz wunderbar.

Dieses Buch empfiehlt

Konstanze Helber

Wir und das heutige Rußland



.....
 Matthias Platzeck: *Wir brauchen eine neue Ostpolitik*, Propyläen Verlag, Berlin 2020, 256 S., 22,00 €

Der Name des Autors als früherer Ministerpräsident Brandenburgs hat zweifellos politisches Gewicht, und es ist schon von Interesse, wie er Moskaus jetzige Rolle in der Weltpolitik sieht. Zutreffend erscheint, daß das Verhältnis des Westens zu Rußland zerrüttet ist. Putin, so der Autor, wollte Partner des Westens werden, doch sei er nie als gleichberechtigter Partner behandelt worden. Nach seiner Ansicht kümmere sich die NATO nicht um

eine politische Entspannung zu Rußland. Ohne dessen Beteiligung aber könne es keine Stabilität Europas geben.

Wir Deutschen müßten unseren Umgang mit Moskau revidieren und dabei den ersten Schritt tun. Als Begründung wird einmal auf die durch die Deutschen verursachten Verluste und Schäden in Rußland während des II. Weltkrieges verwiesen, zum anderen auf unsere Position als wichtigster Handelspartner des Riesenreiches, die zu dessen Modernisierung erforderlich sei. Unterstreichen wird der Leser, daß die militärische Aufrüstung in Ost und West gefährlich ist und man zu einer echten Entspannungspolitik zurückkehren müsse. Doch den Schlüssel zur Lösung dieser Probleme scheint der Verfasser indes nur im Westen zu sehen. Ohne jegliche Kritik am kriege-

rischen Vorgehen Moskaus in Georgien, Tschetschenien und in der Ost-Ukraine unterstützt er, daß Rußland seinen neu gewonnenen Großmachtstatus nicht wieder aufgeben will. Recht bedenklich wird der Leser die Forderung empfinden müssen, der Westen habe die getroffenen Entscheidungen zu respektieren – was letztlich auch die Annexion der Krim zu bedeuten hätte.

Nach Ansicht des Autors hat Rußland Angst vor einer Einkreisung in Form der NATO-Osterweiterung. Es ist allerdings nur verständlich, daß das Baltikum durch seine jahrzehntelange Okkupation seitens der UdSSR und das subversive Vorgehen durch das heutige Rußland den Schutz der NATO sucht.

Ein interessantes Buch, dessen Wert durch seine Einseitigkeit leider stark gemindert wird.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Diktator aus der Nähe

Nach dem Tod des ersten und „ewigen Präsidenten“, des Diktators Kim Il-Sung 1994, wurde sein damals 53jähriger Sohn Kim Jong-Il zu seinem Nachfolger ernannt.

Da er ein ausschweifendes Leben mit mehreren Frauen führte, gab es mehrere Anwärter auf seine dynastische Nachfolge, von denen einer, selbstverständlich ohne Wahlen, nach dem Tod des Vaters ins Amt kommen sollte. Als der durch Alkohol und Schlaganfall schwer gezeichnete Kim Jong-Il 2011 starb, war sein Lieblingssohn Kim Jong-Un erst 27 Jahre alt.

Allerdings wurde durch den Personenkult, der jenen um Stalin weit übertraf, schon lange weiter an der „göttlichen Geschichte“ der Familie Kim gefeilt und die Menschen in Nordkorea darauf vorbereitet, daß nun die Inkarnation des „ewigen Präsidenten“ das Land als Führer übernehmen würde. Durch eine fast totale Abschottung, der Empfang ausländischer Sender ist verboten, gelang es Kim Jong-Un scheinbar widerstandslos, die Macht zu übernehmen.

Erst nach einer gewissen Zeit wurde bekannt, daß einige der Spitzenfunktionäre aus der Ära seines Vaters nicht nur ihre Ämter, sondern sogar ihr Leben verloren hatten, darunter auch sein Onkel Chang Song Taek. Besonders spektakulär war die Ermordung des Halbbruders, Kim Jong-nam auf dem Flughafen von Kuala Lumpur mit dem international verbotenen „Nervengift VX“. Er hatte in einem Brief an Kim Jong-Un um Gnade für sich und seine Familie gebeten, vergeblich.

Aus all diesen Geschichten hat die US-Journalistin Anna Fifield, die lange Jahre für die „Washington Post“ aus Peking berichtete und die Möglichkeit hatte, mehrfach Nordkorea zu bereisen, ein außerordentlich spannendes Buch geschrieben. Es muß auch verwiesen werden auf die 2020 erschienene Publikation

der CIA-Analystin Jung H. Pak, welches eine ausgezeichnete Ergänzung zum hier besprochenen Werk darstellt („Kim Jong-Un. Eine CIA-Analystin über sein Leben, seine Ziele, seine Politik“).

Fifield schreibt spannend und flüssig, fast liest es sich wie ein Krimi, weil sie auch aus dem weitgehend unbekanntem „Hofleben der Kims“ berichtet, die abgeschottet vom teilweise hungernden Volk ein Luxusleben auf Kosten der Menschen führen. Durch einzelne Gespräche mit geflüchteten Familienmitgliedern des Kim-Clans wird die Machtstruktur und auch die permanente Überwachung in Nordkoreas Führungsschicht deutlich erkennbar.

Jeder kann jederzeit in Ungnade fallen. Deshalb ist Angst ein ständiger Begleiter bei den Reisen durch die Diktatur Nordkoreas, die Fifield bei Nachfragen bei den Interviewten immer wieder spürt. Gerade weil in „Pjönghattan“ massenweise Hochhäuser und Freizeit-

anlagen entstanden sind, seitdem Diktator Kim Jong-Un an der Macht ist, wird der massive Unterschied zwischen der Hauptstadt und dem übrigen Land immer krasser sichtbar.

Die Zickzack-Politik gegenüber Südkorea und den USA wird ebenso dargestellt, wie die Unterstützung durch die Führung der Kommunistischen Partei Chinas, des Diktators Xi Jin-ping, der letztlich wie Putin in Rußland ein Interesse an der Stabilität dieses anachronistischen Kim-Systems hat. Allerdings ist Fifield optimistischer als die CIA-Mitarbeiterin Jung H.Pak, was die Zukunft Nordkoreas betrifft.

Bei allem Lob muß allerdings kritisch angemerkt werden, daß ein Namensverzeichnis fehlt und die Anmerkungen gegenüber dem Buch der CIA-Analystin viel geringer ausfallen. Trotzdem ist es ein sehr empfehlenswertes Buch, auch zur Ergänzung eines Gesamtbildes über die schrecklichste sozialistische Diktatur unserer Zeit. Folgerichtig widmet Anna

Fifield das Buch:

„Für die 25 Millionen Menschen Nordkoreas. Mögen sie bald die Freiheit haben, ihren Träumen zu folgen.“

A.O.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im April und Mai Geburtstag haben

Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze am 9. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer am 27. April, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber am 22. Mai, Günter Polster am 27. Mai, Christa Matuszewsky am 28. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion



.....
Anna Fifield: Kim – Nordkoreas Diktator aus der Nähe, Edition Körber, Hamburg 2020, 411 S., 24,00 €

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo, Di, Mi, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer
 Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
 Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 15 28 58
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische
 Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
 Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmuth Astler, Klothilde Baier, Asnath Boggasch, Peter Bosse, Dr. Horst Böttge, Klaus Buchin, Eberhard Büttner, Erwin Donner, Pia Falck, Heike Fegeler, Karin Gaul, Werner Henning, Andreas M. Herzog, Günter Hölzer, Heiner Kausch, Dr. Eberhard Kempf, Joachim Kleemann, Lutz König, Anneliese Könnecke, Alois Kuhn, Ingeborg Kuhne, Rolf Leonhard, Uwe Malcharek, Dr. Bernd Matern, Fritz u. Barbara Mathei, Rudolf Miekley, Jürgen Müller, Horst u. Sieglinde Opitz, Rainer Opitz, Rolf Raible, Helmut Rex, Jürgen Ritthaler, Hans Rocke, Marianne Rudloff, Wolfgang Rullik, Bernd Dieter Salamon, Marianne L. Schmidt, Oskar Schmidt, Jürgen Seidler, Barbara Simon, Manfred Smala, Norbert Sommer, Sigrid Strelow, Michael Teltz, Monika u. Jürgen Towe, Karl-Heinz Ulrich, Helge Viereck, Frank Wiebeck, Peter Wiesenbauer, Christel Wolfermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Bei schlechten Beamten helfen
selbst die besten Gesetze nichts..

Otto v. Bismarck

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. April 2021

